

3008

Die

24

Entstehung und Ziele

der deutschen

Sozialdemokratie

und einige

Worte zur Reichstagswahl

von

J. Seifarth.

1943/44
26.10.50
1944

Manuscript.

Im Selbstverlag des Verfassers.
1878.

AUS DER
BÜCHEREI

Udo
8
en

REGISTER

1972

Themenschwerpunkt

Zeit

S70 v.01 1944

BOX/MAPPE

2

Fabrikiren, weshalb sie meistens geringe Waare lieferte, deswegen seiner Zeit das Publikum Abneigung gegen Fabrikartikel hatte und sie ungern kaufte. Es hatte der Fabrikant in jener Zeit einen schwierigen Standpunkt dem Gewerbe gegenüber, welches auf seinem Höhepunkt stand und recht gediegenes leistete. Das Gewerbe hielt sich hoch, bis in die fünfziger Jahre, von da ab datirt die Besiegung des Kleingewerbes durch die Großfabrikation und wird dasselbe von Jahr zu Jahr weiter zurück gedrängt und mit der Zeit, außer einigen wenigen Branchen, ganz erdrückt.

Ich habe dem Leser versprochen, den Beweis zu führen, daß die Großfabrikation die Arbeiterbewegung hervorgerufen hat und jetzt spreche ich nur davon, welche Wirkung dieselbe auf den Kleinmeister ausübt! Nun solche Abschweifungen wird mir derselbe schon erlauben da sie ja doch Bezug auf die Entstehung haben, ich komme übrigens jetzt zur Sache, und werden wir gleich sehen, wie die Großfabrikation auch die Verhältnisse der Arbeiter umgestaltet hat.

Bekanntlich gab der Handwerksmeister in früherer Zeit seinen Gesellen, welche er beschäftigte, mochte es nun einer oder mehrere sein, einen Wochenlohn nebst Kost und Logis. Die Arbeiter waren dadurch, daß sie mit dem Meister und dessen Familie an einem Tisch gegessen, und auch bei denselben gewohnt haben, so zu sagen, ein Familienmitglied, es war eine gewisse Zusammengehörigkeit dadurch hergestellt. Der Meister kümmerte sich auch nach der Arbeitszeit um den Gesellen und übte der beständige Verkehr mit dem Meister und dessen Familie einen sehr vortheilhaften Einfluß, in Bezug auf Bildung und Ordnungsliebe, auf den Gesellen aus. Das Gleiche war es auch bei den Lehrlingen. Ganz anders gestalten sich aber die geschilderten Verhältnisse bei der Großfabrikation und durch Einführung derselben. Der Großfabrikation paßte es nicht, ihre 20-40 und mehrere Gesellen (jetzt zählen manche Fabriken dieselben nach Tausenden) in Kost und Logis zu nehmen, sie zahlte deshalb für die geleistete Arbeit einen höheren Geldbetrag, wohingegen der Arbeiter angewiesen war, sich selbst Kost und Logis zu besorgen. Der Arbeiter kam und kommt heute mit dem Großfabrikanten nur selten direkt in Verkehr (mit dessen Familie nie) da die Werkführer die Mittelpersonen machen. Nach Schluß der Arbeit kümmert sich der Fabrikant so wie so nicht um die Arbeiter und wenn selbige in ihr Kost- oder Logishaus kommen, so kümmern sich dieselben auch nicht weiter um den Arbeiter, als es das Geschäft eines Kost- oder Logishauses erfordert.

So unbedeutend die eingetretene Veränderung ausseht, die das frühere Verhältnis, unter dem der Geselle bei dem Meister lebte, durch Einführung der Großproduktion änderte und damit weiter umgestaltete, daß der Arbeiter jetzt seine Arbeit, die nicht für die Arbeitsstunden beansprucht wird, in Kost, Logis oder

Wirthshaus zubringen muß, ist dieselbe dennoch tief einschneidend. Die daraus entstandenen schlimmen Folgen sind ziemlich bekannt und kann sich der Leser dieselben auch selbst ausmalen, was ich deshalb unterlasse. Das eben Gesagte ist die erste Entfremdung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und ist dieses als die erste Arbeiter-Bewegung zu betrachten.

Ich mache dem leichteren Verständniß wegen, noch auf zwei Punkte aufmerksam, welche folgende sind: Die Großfabrikation gestaltete die Verhältnisse auch ferner dahin um, daß nach Einführung derselben nicht mehr so viel Meister, das heißt nicht mehr so viel selbstständig ein Geschäft gründen konnten, und war die Folge davon, daß wir jetzt nicht mehr wie früher, wo das Gewerbe fast lauter unverheirathete Gesellen hatte, jetzt mehr Arbeiter mit Familie haben. Ferner ist hervorzuheben, daß die Großfabrikation anfangs ihre Arbeiter fast alle dem Gewerbe entnahm. (Sie that und thut für geschäftliche Ausbildung der Arbeiter wenig oder nichts und würde es heute noch gar zu gerne dem Kleinmeister überlassen, wenn dieselben nur noch in der Lage wären, dieses besorgen zu können.) Die Großfabrikation ist ferner in der Lage, Arbeiter mit Vortheil verwenden zu können die weniger geschult sind, sie nahm und nimmt heute noch in ihr Geschäft Arbeiter auf, die ihre Lehrzeit noch nicht vollendet, die ihr Geschäft noch nicht regelrecht erlernt haben. Kam es nun, daß ein solcher Geselle später wieder bei einem anderen Klein-Meister in Arbeit eintrat, so führte dieses zu manchen Unannehmlichkeiten, wodurch das frühere, mehr freundschaftliche Verhältnis verdrängt wurde und ein scharfes Begegnen an dessen Platz kam. Dieses Verhältnis steigerte sich nach und nach so, daß heute der Arbeiter im Arbeitgeber seinen Tyrannen erblickt und der Arbeitgeber namentlich der Kleinmeister, den Arbeiter als seinen Feind betrachtet, der nur darauf aus ist, ihn um dasjenige zu bringen, was er noch besitzt.

Den Fabrikanten wurde durch Staatsgesetze so nach und nach in ganz Deutschland, das Recht eingeräumt, jede beliebige gewerbliche Arbeit anzufertigen, wodurch das zünftige Handwerk an seiner Bedeutung verlor und zurückgedrängt wurde, was die weitere Folge hatte, daß sich die Innungsverbände, die für Meister und Gesellen bestanden, sich ebenfalls nach und nach lockerten und theils durch Gesetz aufgelöst wurden.

Entstehung des Arbeiter-Fortbildungsvereins.

Noch bevor sich die Auflösung der Innungen vollzog, bildeten sich andere Vereine, welche Arbeiter verschiedener Gewerbe, sowie

auch aus anderen Ständen Mitglieder aufnahm, wie der Handwerker-Verein.

Anfangs der fünfziger Jahre, wurde dann eine vollständigere Organisation im selben Sinne geschaffen, welche sich nach und nach über Deutschland verbreitete und uns noch heute unter dem Namen, „Arbeiter-Fortbildungs-Verein“ bekannt ist. Am 21. April 1861 gründete sich auch hier ein solcher Verein, welcher bis heute noch besteht. Diese Vereinigung ist als die erste vollständigere Organisation der Arbeiter-Organisation zu betrachten, woraus sich die heutige Socialdemokratie entwickelte, wie wir weiter ersehen werden. Besagter Verein wurde theils von Männern, die heute zur Fortschrittspartei und National-Liberalen zählen, eingeführt und gepflegt, auch von anderen Parteien und Korporationen, erhielten und erhalten diese Vereine noch heute Unterstützung.*)

Es hatte sich schon in jener Zeit herausgestellt, daß die Verhältnisse der Meister und der Gesellen, der Großfabrikation gegenüber, sich stetig verschlimmern, und daß es namentlich den unbemittelten Gesellen, schwerlich mehr möglich werde, sich selbst ein Geschäft zu gründen. Dieser Schwierigkeit suchte man dadurch zu begegnen, daß man dem Arbeiter Gelegenheit bot, sich in dem Arbeiter-Fortbildungs-Verein Kenntnisse anzueignen, welche er in der Schule zu erlernen nicht Gelegenheit hatte. Die finanziellen Schwierigkeiten glaubte man mit der Genossenschaftseinrichtung, wie Vorshuß-Verein, Volksbanken, Consumverein u. s. w. zu beseitigen. Schulze aus Delitsch bei Leipzig, oder wie der Name jetzt abgekürzt lautet, Schulze-Delitsch, wird als der Vater der Genossenschaft bezeichnet, was wir ihm gerne gönnen wollen, obwohl derselbe die Genossenschaftseinrichtungen nur von England, wo dieselben schon längst zuvor bekannt waren, nach Deutschland importirt hat. Ferdinand Lassalle, der früher zu den Parteifreunden von Schulze-Delitsch zählte, schied 1868 aus der Partei aus, (da sein Ehrgeiz in derselben nicht befriedigt worden sei), und bekämpfte zunächst die von Schulze-Delitsch und seinen Freunden verbreiteten Lehren, derzufolge die Genossenschaftseinrichtung ein Universalmittel sei, womit der ärmeren Klasse, zu besseren, wo nicht zu glänzenden Verhältnissen geholfen werden kann. Lassalle hat diese Einrichtung zur Zeit schon so gezeichnet, wie die seitherige Erfahrung gelehrt hat, nämlich, daß dieselben für den Arbeiter eigentlich gar keinen und für den Mittelstand auch nur untergeordneten Werth haben.

*) Z. B. Aus hiesiger Stabtkasse erhält derselbe einen jährlichen Zuschuß von Mt. 300.

Entstehung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.

Lassalle gründet im Jahre 1863, wo er sich, wie schon gesagt wurde, von seinen früheren Parteifreunden trennte, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein*) und waren es anfangs fast lauter Mitglieder des Arbeiter-Fortbildungs-Vereins die in den Verein eintraten.

Es ist mithin, wie die Entwicklung sich weiter gestaltet, die Socialdemokratie, die Tochter des Arbeiter-Fortbildungs-Vereins.

Lassalle der als Organisator und Agitator groß dasteht, hat auch das Verdienst, daß er schon längst anerkannte Wahrheiten, welche unter dem Bibliothekenschaub moderten, hervorgeholt und unter das Volk verbreitet hat. Ebenfalls hat er in seinen eigenen Schriften viel Zutreffendes gesagt, so daß man Einiges, unter Anderm den Vorschlag zur Gründung von Produktivgenossenschaften, mit einer Staatshilfe von 200 Millionen gerne übersteht.

Ich schalte hier ein, daß ich nicht alle Personen und Handlungen anführe, welche mit zu sprechen hätten, da es ja genug Schriften giebt für Diejenigen, die sich für Detail-Ausführungen interessieren.

Entstehung der Socialdemokratie.

Nach dem Tode von Lassalle 1865 zerplütherte sich anfangs der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in drei Gruppen, nämlich in den Allg. D. Arbeiterverein, Mendel- und Sapselbfraktion. Noch unter der Präsidentschaft des Herrn v. Schweiger vereinigten sich die drei Fraktionen wieder in den Allgem. D. Arbeiterverein. Allein unter den Mitgliedern des Vereins war eine ziemliche Zahl, welche mit den Handlungen des v. Schweiger nicht zufrieden waren, da sie sich überzeugt hielten, daß v. Schweiger nur seine persönlichen Interessen verfolge. Unter Anderm wurde v. Schweiger auch der Vorwurf gemacht, daß er mit der preussischen Regierung Hand in Hand gehe.***) Da v. Schweiger, trotz mancher Anschuldigung, dennoch seinen Präsidentsitz behauptete, so traten mehrere Mitglieder, an der Spitze Diebnecht und Nebel aus, und gründeten im Jahr 1868 zu Eisenach, die Eisenacher oder sozialistische Arbeiterpartei.****) Es trat nun eine heftige Befehdung zwischen dieser Partei und dem Allg. D. Arbeiterverein ein und dauerte bis 1875, wo sich beide Fraktionen vereinigten, welche nun heute als Socialdemokraten allgemein bekannt sind.*****) Welche von Manchen

*) Parteiblatt: Neuer Socialdemokrat.

***) Diese Aenderung wurde auch wieder in der Reichstagsstimmung gemacht, wo über das Stbdelgesetz verhandelt wurde.

*****) Parteiblatt: Volkshaat.

*****) Central-Organ Vorwärts nebst 49 and eren Zeitungen und 13 Fachblättern.

verachtet, von einer ziemlich großen Zahl angefeindet, von nicht Wenigen gefürchtet, jedenfalls von der größten Zahl nicht gekannt und verstanden wird.

Die Socialdemokratie hat sich naturgemäß, da sie wie schon gesagt, aus der heutigen Fabrikationsweise entstanden, am stärksten in Sachsen und im Norden entwickelt, und zwar hauptsächlich in Fabrikbezirken und in größeren Städten. Im Süden Deutschlands und auf dem Lande, d. h. bei der Landwirtschaft ist dieselbe noch wenig heimisch. Verschoont blieb zwar die Landwirtschaft nicht ganz, denn schon die Wechselwirkung zwischen Industrie und Landwirtschaft machte sich geltend, außerdem hat sich bei der Landwirtschaft auch bereits der Großbetrieb und das Großkapital eingeführt und wird, früher oder später, den kleinen Bauer gerade so zurück drängen, wie die Großindustrie den kleinen Meister immer mehr zurück drängt und geschäftlich todtdrückt. Ganz der ähnliche Prozeß, welcher bei der Industrie stattfand, wird sich bei der Landwirtschaft wiederholen. In erster Reihe wird der Kleinbauer in Zukunft selten einen brauchbaren und zuverlässigen Knecht oder eine Magd mehr erhalten (ist eigentlich schon jetzt der Fall) sondern sich mit Tagelöhnern behelfen müssen. Ebenso wie in der Industrie der Großfabrikant mit Vortheil Arbeiter verwenden kann, die nur einseitige Kenntnisse besitzen, das heißt die nur einen Theil, das zu einem Handwerk gehört, erlernt haben und machen können, sich aber darin eine möglichst große Fertigkeit angeeignet haben, wohingegen der Meister Gesellen gebraucht, die vielseitig ausgebildet sind, die ihr Handwerk in allen seinen Zweigen erlernt haben; gerade so ist es bei der Landwirtschaft und wird immer mehr zu Tage treten. Der Großbetrieb in der Landwirtschaft kann auch Arbeiter mit Nutzen verwenden, die nur einen Theil der Landwirtschaft verstehen und gut machen können, wohingegen wieder der Kleinbauer Leute haben muß, die alles was in der Landwirtschaft vorkommt arbeiten können. Gerade so, wie durch die Einführung der Großfabrikation, den Meistern jetzt die vielseitig geschulten Gesellen fehlen, so gehen auch dem Kleinbauer, durch weitere Ausbreitung des Großbetriebs, so nach und nach die brauchbaren Arbeiter verloren.

Dem Kleinbauer, seine Stellung gegenüber des Großbetriebs, des Großkapitals ist heute schon eine äußerst schwierige, der Kleinbauer hat im Verhältnis zum Großbetrieb größere Ausgaben. Er muß für seinen Acker, worauf noch eine Hypothek ruht, Kapitalzins zahlen, hat außerdem gerade so viel Steuer zu zahlen als der Großbetrieb, wo die Acker Schuldenfrei sind, ferner hat er oft theure Pachtäcker, außerdem ist er im Nachtheil bei Verkauf seiner Producte u. s. w.

Wenn sich die Verhältnisse in Deutschland so weiter entwickeln so wird die Lage des Kleinbauers, die gegenwärtig schon keine beneidenswerthe ist, immer schwieriger und schwieriger und das Ende vom Liede ist, daß derselbe trotz Fleiß und Sparsamkeit dennoch zum Tagelöhner herunter gedrückt wird.

Der Leser wird geneigt sein, mir vorzuhalten, daß er mich schon wieder bei einer Ausschweifung ertappt habe, da ich ihm statt von der Socialdemokratie zu erzählen, sage, wie es dem Kleinbauer jetzt und wie es ihm in Zukunft ergehen wird. Nun ich hoffe, man wird mich deshalb nicht etwa in Verdacht haben, daß ich als Prophet gelten möchte, denn das Schicksal des Kleinbauers läßt sich ja leicht im Voraus sagen, ohne Prophet zu sein, da ja bekanntlich, gleiche Ursachen gleiche Wirkungen hervorbringen. Die Ursachen und Wirkungen haben wir bereits bei der Industrie kennen gelernt, übrigens war ich immerhin ein wenig bei der Sache, denn die Stellung des Kleinbauers betrachte ich als eine und zwar sehr bedeutende sociale Frage, welche in späterer Zeit jedenfalls ein Wort mitsprechen wird.

Aufstreten der Socialdemokratie.

Da ich im vorigen Abschnitte in kurzen Umrissen gezeigt habe, wie die Socialdemokratie entstanden und sich entwickelt hat, so gehen wir nun weiter und sehen wir, was dieselbe heute will. Ich höre hier von manchen meiner Lesern sagen, ich weiß was dieselben wollen, ich habe ihr Programm vor 10 und 12 Jahren schon in ihren Versammlungen kennen lernen und mag seitdem nichts mehr von denselben hören und sehen, von dem wilken Bärm der häufig in den Versammlungen gemacht wurde, von den unpassenden, oft rohen Worte welche fielen, will ich gern schweigen. Auch von jungen Duden, die sich oftmals über wichtige Fragen, über weitgehende Gesetzes- und Staatsangelegenheiten Urtheile anmaßten, von denen sie nicht das geringste Verständniß hatten, gemäß ihrer Schulbildung und Lebensverfährung nicht haben konnten, will ich nicht weiter sprechen, von denselben war ja so wie so nichts Bermanntziges zu erwarten, aber von den bejahrten Rednern habe ich auch nichts als unklares verschrobenes Zeug gehört. Was ich in allen Locarten zu hören bekam, war: wenig, wo möglich nichts arbeiten, den Gewinn mit den Geschäftsunternehmern theilen, und damit sollte die Magenfrage gelöst sein. Die weitere Tagesordnung war Schimpfen und Bezen. Etwas Anderes von den Rednern zu erwarten, wäre übrigens Thorheit gewesen, da es ja meistens arbeitsscheue, unrecelle Menschen waren, die sich die Aufgabe stellten, auf Kosten der anderen fleißigen Arbeiter ein be-

quemes, oft auch ein lieberliches Leben zu führen. Nur gemach lieber Leser und nicht alles in einem Topf zusammen geworfen. Ich habe auch in jener Zeit derartige Versammlungen besucht und mitunter das bestätigt gefunden, was Du eben sagtest, doch habe ich auch Nebner gehört, die sowohl in Bezug auf das was sie sagten, als auch wegen ihrem Character, Anspruch auf Anerkennung machen konnten. Uebrigens habe ich auch Versammlungen von anderen Partheien besucht und gegen mein Erwarten, oftmals wenig Sachliches, hingegen viel persönliche Schimpferei gehört, die zwar nicht mit den verben Worten ausgedrückt wurden, jedenfalls eben so anzüglich, wo nicht noch verletzender waren. Erlebt man nun gefagtes bei schon längst bestehenden Partheien, dessen Mitglieder und Nebner meistens aus älteren erfahrenen Männern bestehen, und der gebildeten Classe zugezählt werden, so sieht man sich veranlaßt einer jungen Parthei gegenüber, welche erst vor 15 Jahren durch Bassalle die Taufe erhielt, die meistens jugendliche Mitglieder hat, gelinder zu urtheilen, da wir ja auch von einem Mann von 20 Jahren nicht die Kenntnisse und Erfahrung beanspruchen, als von einem Manne von 30—50 Jahren. Ich gebe übrigens gerne zu, daß von den jungen Leuten mehr Bescheidenheit am Platz gewesen wäre, gebe aber auch zu bedenken, daß die Unwissenheit sich unter allen Verhältnissen widerlich breit macht. Es ist übrigens sehr begreiflich, daß die jungen Leute vormäulich wurden, da sich ältere erfahrene Männer nicht daran betheiligten, da sie die Arbeiterbewegung in der ersten Zeit für unbedeutend, für geringfügig hielten, da sie weiter der Ansicht waren, sie könnten sich an ihrem Ansehen etwas vergeben und in letzter Zeit beschränkten, sie würden sich geschäftlich schädigen.

Ich füge hier ein, obwohl es ziemlich allgemein bekannt ist, daß man heute nicht bloß das als Arbeit zählt, wenn Jemand mit der Hand einen Gebrauchsgegenstand anfertigt, sondern alles was der Produktion Dienste leistet und wenn es auch nur mit dem Gedanken geschieht, dergleichen auch alle anderen nützlichen geistigen Thätigkeiten dazu rechnet.

Mit den ausgesprochenen Ansichten über die Arbeiterbewegung war ich nicht einverstanden und habe ich mich in verschiedenen Kreisen, hauptsächlich bei Meistern dahin ausgesprochen, daß ich die Arbeiterbewegung namentlich von dem Auftreten von Bassalle an für eine bedeutende hielt und da sie in mancher Beziehung ihre Berechtigung habe, keine vorübergehende sei, sondern sich mit unseren Verhältnissen Schritt für Schritt weiter entwickeln werde. Auch die zweite ausgesprochene Ansicht theilte ich nicht, daß man sich am Ansehen schädigen könne, wenn man sich an Arbeiterfragen betheilige, da dieses höchstens auf einer unrichtigen Voraussetzung beruhe. Wir wissen ja, daß der Boden ohne Arbeit nicht so viel

erzeugen würde (ein paar Jüdische Thäler ausgenommen), was die Menschheit gebraucht, wollte man die Arbeit einstellen, so würde der größte Theil der Menschen Hungers sterben. Der Arbeiterstand ist deshalb der nützlichste, der nothwendigste, unentbehrlichste und folglich der zahlreichste, es kann mithin keine Schande für Jemanden sein, wenn er sich an Arbeiterfragen betheilige, selbst wenn er die herechtigten Forderungen des Arbeiterstandes vertritt. Ein Sprichwort sagt uns ja auch, Arbeit sei keine Schande, sondern Müßiggang sei Schande womit das Gesagte bestätigt ist.

Die ausgesprochene Befürchtung, man könne sich geschäftlich schädigen, wenn man sich an Arbeiterfragen betheilige, mag in mancher Beziehung zutreffen.

Wie die Verhältnisse heute liegen wissen wir und ist mithin leicht zu beurtheilen, in wie weit meine Ansicht richtig war oder nicht.

Ziele der Socialdemokratie.

Da ich auch in neuester Zeit die Versammlungen der Socialdemokraten besucht habe, und mancher Leser die Socialdemokraten nur von ihrem ersten Auftreten kannte, so will ich demselben verathen, wie es jetzt in den Versammlungen der Socialdemokraten zugeht, was dieselben wollen, und was sie eigentlich beabsichtigen auszuführen.

Von den Versammlungen muß ich sagen, daß dieselben so ziemlich nach parlamentarischen Regeln geführt werden und wird in denselben nicht mehr wie früher, bloß über die Magenfrage, sondern weit mehr, über alle wichtige Tagesfragen gesprochen, gleichviel, ob sich dieselben auf Gemeinde- oder Staatsangelegenheiten beziehen, wobei allerdings eine ziemlich scharfe Kritik geübt wird. In den sozialistischen Schriften tritt uns ebenfalls eine sehr schneidige Kritik entgegen, es werden aber auch Fragen in unterhaltender und belehrender Form vorgetragen, und vom wissenschaftlichen Standpunkt aus beleuchtet, wo in erster Reihe der Vorwärts und Neuen Welt (redigirt von Siebnecht), unter Mitwirkung tüchtiger Kräfte, zu nennen ist. Ich will Dir ferner im Vertrauen mittheilen, daß die Socialdemokratie eine sehr rührige und thätige Partei ist, und haben es die Führer derselben verstanden mit den im Verhältniß so kleinen Mitteln außerordentliches zu leisten. Das Geschichtsbuch wird selbige als hervorragende Erscheinungen verzeichnen, die sociale Frage mag gelöst werden, auf welche Art und Weise sie immer will. Zunächst haben sie mit vieler Mühe das Chaos von Ansichten beseitigt und sowohl in ihre Organisation als den zu erstrebenden Zielen etwas

Klares, geordnetes und vernünftiges gebracht und ihre Ziele vor einigen Jahren in einem Programm ausgesprochen, soweit sich eine so bedeutende Frage mit wenig Sätzen erklären läßt. Das besagte Programm beginnt mit den Worten: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur u. s. w.“ Auf diese, schon seit Jahrhunderten, anerkannte Wahrheit, daß die Arbeit die Quelle alles Reichthums und aller Kultur ist, wurde besagtes Programm aufgebaut und erläutert. Ich sehe, daß der größte Theil meiner Leser ganz überrascht ist, daß die Socialdemokraten dieses Programm auf ihre Fahne geschrieben haben, welches ja auch das Ihre ist, welches sie schon lange im Herzen tragen, denn der Leser wünscht ja lebhaft, daß der — redliche Erwerb aus Arbeit — zu seinem Recht komme, und der — mühelose Erwerb — nicht mehr möglich sei. Ja in der Hauptsache trifft Dein Programm mit den Socialdemokraten wohl zu, aber in Bezug der Ausführung, in den Mitteln die angewendet werden sollen, dieses zu erreichen — da, ja da liegt der Hase im Pfeffer. Ich weiß im Voraus, daß viele meiner geehrten Leser, nicht damit einverstanden sind, sondern weit von den Socialdemokraten abweichen, denn wisse nur was die Socialdemokraten noch weiter auf ihre Fahne geschrieben haben; es ist nämlich, um der Arbeit wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen, sei nur der eine Weg möglich, Produktiv-Genossenschaften zu gründen, die die gesammte Industrie und den Ackerbau in sich schließen, welche dann vom Staate geleitet und kontrollirt werden sollen, sie haben sich ferner zur Aufgabe gestellt, dieses im heutigen Staate vorzubereiten und mittelst Gesetzgebung nach und nach einzuführen.

Nun hatte ich Recht? wenn ich oben sagte, daß betreffs der Mittel, zur Verwirklichung des — genau betrachtet, gemeinsamen Programmes — dennoch eine ziemliche Kluft zwischen den Socialdemokraten und den Lesern besteht. Ich weiß ja, daß ein Theil meiner Leser sehr verschiedene Gründe gegen eine geschäftliche Staatsaufsicht über die gesammte Industrie und Ackerbau haben.

Viele Leser wünschen derartige Einrichtungen nicht, da ihnen ähnliche bei dem Militär bekannt und sie nicht fremd davon sind, wo genau angegeben wird, wieviel Dozen, Röcke und Stiefel gemacht werden sollen, was für Tuch, welcher Schnitt und wieviel Knöpfe daran kommen. Er befürchtet ferner, daß ein Commando erziehen dürfte, wie jetzt bei der Zucht haus-Arbeit geführt wird und ist auch nicht mit dem Verfahren einverstanden, welches bei Post- und Telegraphenanstalten beobachtet wird. Von der Landwirthschaft kann er sich erst recht nichts gutes versprechen, wenn die Acker nach Dredre der oberen Behörde gebaut werden sollen. Wie leicht könnte da ein schriftlicher Erlaß zu spät eintreffen, wir wollen nur sagen, für die Arbeiten von Säen bis zur Frucht-Einfahren, namentlich wenn Regen zu erwarten ist u. s. w. Die

Leser fürchten auch, daß durch Staatsproduktion die Aufmunterung verloren gehen würde, welche jeder Einzelne dadurch hat, wenn er für sich arbeiten und erwerben kann. Er glaubt beßhalb, wir würden bei Staatsproduktion in der Kultur lange nicht mehr die Fortschritte machen als seither, viel eher darin zurückgehen, u. s. w. Ferner sind auch einige Leser der Ansicht, daß unsere heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen derart sind, daß der Arbeit in jeder Beziehung ihr Recht gewährt ist und es beßhalb nur eine böswillige Lebensart sei, wenn vom mühelosen Erwerb gesprochen wird. Nun über diesen Punkt später noch ein Wort.

Ich bilde mir nicht ein, die socialistische Frage, die eine sehr schwierige, eine schwer zu verstehende Frage ist, die auch von vielen, die sich Socialdemokraten nennen, nicht verstanden wird, mit dem eben gesagten, genügend erklärt zu haben. Um diese Frage leicht verständlich darzulegen, müßten alle die Verhältnisse, welche auf die Frage eingewirkt haben und noch einwirken, und das sind außer den angeführten nicht wenige, sowie verschiedene andere Staats-einrichtungen die darauf Bezug haben, erläutert werden, welche Aufgabe ich mir, wie schon im Eingang gesagt, nicht gestellt habe, ich überlasse es vielmehr dem Leser, welcher sich eingehender unterrichten will, das Programm und die einschlagenden Schriften zu lesen.

Urtheile über die Socialdemokratie.

Es wäre möglich, daß der eine oder andere Leser wünscht, meine Ansicht über die sociale Frage zu hören und da ich bald damit zu Ende bin, sei es.

In einem Staat, wo die Gesetze derart sind und gehandhabt werden, daß der redliche Erwerb aus Arbeit Jedermann gestattet, der mühelose Erwerb unzulässig ist; wo es Jedem frei steht, ohne daß sich der Staat weiter um die Privat-Geschäfte kümmert, für sich zu arbeiten, wie und was er will; wo der Mann, der Kenntnisse besitzt fleißig und sparsam ist, die Möglichkeit hat für sich etwas zu erwerben, bei einer solchen Staats-einrichtung ist es wohl möglich, daß allen Staatsangehörigen, das größte mögliche Wohlergehen zu Theil wird. Es ist dieses aber auch denkbar, wo die gesammte Privat-Thätigkeit vom Staate geleitet und kontrollirt wird, wie sich die Socialdemokraten einen solchen schaffen wollen. Da nun beiden Staats-einrichtungen (ein anderer Staat kann in Deutschland wohl nicht in Betracht kommen) ihren Angehörigen das größte mögliche Wohlergehen gemähren können, so kann nur noch die Frage sein, welche ist von den Beiden die zeitgemähere? Meiner Ueberzeugung nach ist die erst-gesagte die zeitgemähere,

da ich sicher bin, daß weitaus der größte Theil der Landbewohner, auch die Mehrheit der Städter, dieselbe heute vorziehen und habe ich einige Gründe bereits angeführt, weshalb eine Abneigung gegen die socialdemokratische Staatseinrichtung besteht, dieses schließt aber nicht aus, daß möglicherweise nach Jahren die letztere von der Mehrheit gewünscht und mithin die zeitgemäßere wird.

Ich habe von Seiten der Socialdemokratie Lachen gehört als ich sagte, ich hielt den zuerst bezeichneten Staat für den zeitgemäheren und den Ruf: Wo ist die Mehrheit? Wo sind denn die Leute, die für diesen Staat sich bemühen, die geschlossen und entschlossen zu einer Parthei zusammen stehen, um dieses Ziel zu erreichen. Denn mit dem bloßen Wunsche und etwa vereinzelt eintreten für eine Sache wird heut zu Tage nichts erreicht! Ich muß zugestehen, daß der Ruf seine Begründung hat und wenn nicht der Mittelstand (wozu der Kleinbauer, Kleinmeister u. s. w. zählt), der ja namentlich die besagte Staatseinrichtung wünscht, nicht halb dem Beispiele der, nun ich darf es ja wohl sagen, der Socialdemokratie folgt, sich organisiert und seine Interessen gemeinschaftlich und ganz ernstlich vertritt, so wird derselbe bald genug in Deutschland ganz verschwinden. Er hat in dieser Beziehung bereits Riesenschritte gemacht und geht bei der heutigen schlechten Geschäftszeit doppelt und dreifach rasch zurück.

Vorschläge zur Beseitigung der Socialdemokratie.

Da wir nun wissen, daß diejenige Staatseinrichtung, welche die Socialdemokraten wollen, heute nicht zeitgemäß ist, so fragt sich nun was wir mit der Socialdemokratie anfangen?! Die Beantwortung dieser Frage ist uns leicht gemacht, da ja von gewissen Zeitungen Vorschläge genug erschienen, wie man die weitere Ausbreitung der Socialdemokratie verhindert, dieselbe gänzlich unterdrücken und ausrotten kann, wir brauchen deshalb nur zu wählen.

No. 1. Alle Arbeitgeber vereinigen sich, keine Socialdemokraten in Arbeit zu behalten und keinem mehr Arbeit zu geben.

No. 2. Alle Socialdemokraten werden des Landes verwiesen.

No. 3. Wenn nöthig gegen die Socialdemokratie mit bewaffneter Macht einzuschreiten.

Das Sprichwort sagt, zu allen guten Dingen gehören drei und soviel Vorschläge haben wir, wir verzichten deshalb auf die weiteren und betrachten uns nun die angeführten etwas näher und sehen zu, was damit erreicht wird.

No. 1. Wird als der Vorschlag für Privathilfe bezeichnet. Beginnen wir damit, diesen Vorschlag in Ausführung zu bringen, zu welchem Zweck sich in Mannheim alle Arbeitgeber dahin einigen,

daß sie alle Arbeiter entlassen, die sich nicht mildthig und schriftlich verpflichten, in Zukunft keine Socialdemokraten mehr zu sein, keine derartigen Versammlungen mehr zu besuchen und keine Schrift von denselben mehr zu lesen. Am Ende fänden sich doch Arbeiter, die die gestellten Bedingungen nicht eingingen und lieber eine Wanderung antreten. In Karlsruhe angekommen giebt sich der ausgeschlossene Arbeiter noch als Socialdemokrat aus, da er der Meinung ist, daß ihm wegen seiner Anschauung die Arbeit in Karlsruhe nicht verweigert wird. Er hat sich geirrt, er muß seinen Weg weiter nach Freiburg antreten, wo er sich als gar keiner Partei zählender ausgibt. In Freiburg genügt dieses nicht, und jetzt gewiszig, wissen wir schon, daß er sich in Constanz für einen National-Liberalen ausgibt. Wenn nöthig, so schimpft der Arbeiter auch so ein wenig auf die Socialdemokraten, obwohl derselbe in seiner Gesinnung noch ganz derselbe ist, als er in Mannheim war, nur ist derselbe am Ende etwas verstockter Socialdemokrat geworden, der gar keiner Belehrung mehr zugänglich. Sehen wir uns nun wieder in Mannheim um, und da finden wir, daß diejenigen, welche die Forderung unterschrieben haben, in ihrer Gesinnung doch dieselben geblieben, und daß es die Arbeiter, welche von Constanz nach Mannheim kamen, es gerade so machten, als der, welcher von Mannheim nach Constanz reiste. — Will man dieses Mittel der Aussperrung bei Geschäftsleuten anwenden, so hat es ganz den ähnlichen Erfolg. Angenommen, die Mannheimer Einwohner würden sich einigen, von mir, wegen meiner ausgesprochenen Ansichten nichts mehr zu kaufen, gleichviel wenn ich auch anerkannt gutes Fabrikat habe, und ich wäre in Folge dessen gezwungen, Mannheim zu verlassen, und wir wollen sagen ich ziehe nach Karlsruhe. Da ich mich nun in Karlsruhe nicht zum zweiten Mal einem solchen Druce aussetzen möchte, so halte ich es so ein Bißchen mit der national-liberalen und conservativen Partei. Sollte ich ja Lust haben etwas zu sprechen oder zu schreiben und habe ich die Absicht ein Geschäft dabei zu machen, nun, so richte ich meine Rede oder Schrift so ein, daß es gewisse Leute gerne hören und lesen. Nun frage ich aber, wäre ich dadurch in Karlsruhe ein anderer geworden, in Bezug auf Gesinnung? Gewiß nicht! denn meine Gesinnung kann ich nur ändern, wenn ich eines Besseren belehrt werde und eine andere Ueberzeugung gewonnen habe. Ich habe nur mein Verfahren geändert, und statt daß ich früher bei Gelegenheiten meine Ansicht offen und unumwunden aussprach, dabei aber bemüht war, Jedermann und jeder Sache Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, halte ich jetzt mit meiner Ueberzeugung zurück, spreche mitunter das Gegentheil von dem, was ich denke, und werde unbillig und ungerecht gegen Andern.

Man muß sich wirklich wundern, daß so viele Vorschläge gemacht werden die höchstens eine momentane Wirkung hervorbringen, die die Sache aber auch um gar nichts verbessern, nur verschlimmern können, außerdem eine Unmoralität in sich schließt. In meiner ersten Schule wurde mir schon gelehrt, man solle den offenen wahrheitsliebenden Mann achten, den Heuchler aber verachten, durch das vorgeschlagene Mittel macht man aber Leute zu Heuchlern.

No. 2. Landesverweis der Sozialdemokraten. Ich will diesen Vorschlag nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten.

Allgemein hört man in Deutschland die Klage, daß unser Arbeiterpersonal, außer wenig rühmlichen Ausnahmen, der unserer, namentlich westlichen, Nachbarstaaten zurückstehe, und sie hat ihre Richtigkeit. Nun, so sehen wir uns doch die Ursachen davon auch einmal an! Ich sage, im deutschen Arbeiter sind im Allgemeinen die Bedingungen eines brauchbaren Arbeiters vereint, derselbe hat ziemlich Fleiß, Ausdauer und auch Intelligenz. Leider wurden die guten Eigenschaften des Arbeiters in Deutschland nicht gepflegt, nicht geschätzt, und deshalb hat schon ein ganzes Menschenalter eine ungemein starke Auswanderung stattgefunden. Wir verloren, namentlich von 1850/70 die arbeitslustigsten und befähigsten Leute, die jetzt in der ganzen Welt zerstreut sind und als tüchtige Arbeitskräfte anerkannt und geschätzt werden. Ich glaubte anfangs, als ich in den Nachbarstaaten, hauptsächlich in Belgien und Frankreich, so viel Deutsche antraf, daß sie die Wanderlust dahin geführt habe, wurde aber von denselben belehrt, daß die Verhältnisse sie dazu veranlassen haben, und daß sie sich deshalb nicht entschließen könnten, wieder nach Deutschland zurückzukehren, da ihre Stellung als Arbeiter im Auslande weit angenehmer sei, sogar angenehmer, als sie es zu Hause als Meister haben würden. Wollen wir nun durch Staatsgesetze eine neue Auswanderung hervorrufen, oder gar eine dadurch bestimmen, wie der Vorschlag lautet? Jedem Vernünftigen muß es doch sofort einleuchten, daß uns durch ein solches Gesetz neuerdings tüchtige Arbeitskräfte verloren gingen, die uns von Ausland aus wieder Konkurrenz machten; der wirtschaftliche Nachtheil ist so in die Augen fallend, daß nur Kurzsichtigkeit einen derartigen Vorschlag machen kann.

Der Vorschlag No. 3 ist der unschönste von Allen. Wenn es nicht schwarz auf weiß zu lesen wäre, würde ich es nicht für möglich halten, daß in unserer Zeit ein solcher Vorschlag gemacht würde, gemacht werden dürfte. Man sollte sich doch erst bedenken, und nicht so leicht hin zu etwas raten, wo Tausende sich todt schlagen können. Man sollte sich doch klar werden, was das für eine blutige und schmutzige Arbeit für Deutschland wäre! Und

was wäre denn der Nutzen davon, wenn so und so viele Arbeiter und auch aus anderen Berufsklassen das Leben verlieren? Höchstens, daß die Gehartikelschreiber dann selbst die Handarbeit machen könnten, und dazu wären sie am Ende gar nicht zu gebrauchen, jedenfalls würden sie sich davon zu drücken suchen.

Gefährlichkeit der Socialdemokratie.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, ist die Socialdemokratie überhaupt so gefährlich und strafbar, daß man derartige Mittel zur Bekämpfung vorschlägt? Bleibt es nicht etwa viel einfachere und humanere Mittel die Frage zu lösen? So ist meine Antwort darauf folgende. Eine Minoritätspartei, so lang sie ihre Forderungen offen ausspricht, kann keine staatsgefährliche sein, nur von solchen Parteien, die ihre Ziele geheim halten, sind Gewaltthätigkeiten zu erwarten, werden Putsch und Staatsstreich in Scene gesetzt.

Genau und ruhig beurtheilt findet man auch, daß die Hauptziele nicht für so strafbar angesehen werden können (die nebensächlichen Forderungen kommen hier nicht in Betracht, da selbige auch andere Parteien in ihrem Programm haben und zwar schon vor Bestehen der Socialdemokratie hatten), da ja schon einiges von dem, was die Socialdemokraten zu erstreben trachten, in unserem heutigen Staat verwirklicht ist. Wir sehen, daß die Land- und Wasserstraßen vom Staate geleitet und beaufsichtigt werden, Post und Telegraphen ebenfalls u. s. w. Die Waldungen stehen schon unter Staatscontrolle und werden über kurz oder lang Staatsseigenthum, da die Zweckmäßigkeit davon bereits anerkannt ist. Daß die gesammten Bahnen, Staatsseisenbahnen werden sollen, und daß der Tabaksmonopol auch von anderer Seite gewünscht wird, ist bekannt.

Im heutigen Staate finden wir nur einige Zweige unter Staatsleitung und Controlle und die Socialdemokratie will Alles darunter gestellt haben, darin liegt der ganze Unterschied, oder wie gesagt wird, die Gefährlichkeit derselben.

Vorschläge zur Abhilfe.

Meiner Ueberzeugung zufolge, giebt es sehr einfache und wirksame Mittel, die Ausschreitungen der Socialdemokraten, wo sich solche zeigen, ja die ganze Socialdemokratie zu beseitigen und zwar:

1. Man kläre die Socialdemokraten über diejenigen Punkte, wo noch Unklarheit herrscht auf und belehre sie eines Besseren. Bei einer so jungen Partei ist es selbstverständlich, daß manches noch der Klärung bedarf, auch manche Belehrung nicht gleich begriffen und befolgt wird, solche Lehren aber doch auf keinen schlechten Boden fallen.

2. Diejenigen Forderungen die Anspruch auf Recht und Billigkeit haben, die in unserem heutigen Staate wohl gewährt werden können, so rasch als möglich zu bewilligen.

3. Alle, dann noch etwa vorkommende Ausschreitungen, mit der Strenge des Gesetzes zu ahnten.

Ich hoffe die Leser werden meine Vorschläge annehmbar finden und werden auch meine Ansicht dahin theilen, daß die heutige Socialdemokratie nur dann zu beseitigen ist, wenn diejenigen wirthschaftlichen Verhältnisse geändert werden, in denen die Socialdemokratie begründet ist, und ihre Nahrung erhält und daß solche vorhanden sind, werden wir im II. Theil sehen. Wir wissen aus der Geschichte, daß die heutige Socialdemokratie eigentlich nichts neues ist, sondern, daß sobald sich wirthschaftliche Mißstände zu stark zeigten, stets socialistische Bestrebungen entstanden, dieselben sind nur unter anderen Namen bekannt. Schon in allen Zeiten, in allen Ländern, aus allen Ständen und Lebensstellungen traten Männer, theils vereinzelt, theils geschlossen auf und kämpften für die unveräußerlichen Menschenrechte, nämlich für das Recht auf, und der Arbeit und das Recht als Mensch zu leben, respektive als Mensch leben zu können. Die größte sociale Bewegung und die gewaltigste war die Französische von 1789 wenn auch ihr Ende ein anderes wurde.

Das einzig Neue, wodurch sich die deutsche Socialdemokratie von den früheren unterscheidet, ist, daß sich die älteren immer erst nach blutigem Kampfe organisirte, wohingegen die deutsche ihre Organisation ohne einen solchen Kampfe begonnen und ihre Ziele zu erreichen sucht.

Die wichtigsten Momente von der Socialdemokratie hätte ich nun angegeben und werden es meine Leser auch satt haben zu lesen, ich auch! Das heißt das Schreiben. Ich hätte nicht geglaubt, daß man mit den Socialdemokraten so viel zu schaffen bekomme, wenn man mit denselben anknüpft. Ich hatte mir vorgenommen so rasch wie möglich mit denselben aufzuräumen, da ich ja die Absicht habe, noch ein Wort über die Reichstagswahl zu sprechen, was im II. Theil geschehen soll, und wo ich deshalb den nachsichtigen Leser bitte, bei gelegener Zeit das Schriftstück nochmals in die Hand zu nehmen.

II. Theil.

Einige Worte zur Reichstags-Wahl.

Zur Auflösung des Reichstags.

Meinen Lesern ist allen bekannt, daß auf Antrag der preussischen, unter Zustimmung der übrigen Bundesregierungen, die Auflösung des Reichstags beschlossen, und eine neue Wahl auf den 30. Juli bestimmt wurde. Ueber die Auflösung des Reichstags, über die zu erwartenden neuen Gesetzes-Vorlagen, über bereits bestehende Gesetze und Einrichtungen aufmerksam zu machen, habe ich mir zur Aufgabe gestellt.

Allgemein bekannt ist, daß unterm 11. Mai Gödel und am 2. Juni Nobeling, ein Attentat auf S. M. den deutschen Kaiser verübt haben. In der ersten Aufregung, nach dem Attentat von Gödel, beschuldigte man die Socialdemokraten, daß sie die That verübt, durch einen ihrer Leute habe ausführen lassen, und daß sie noch dahinter stehende, quasi ein Complot gebildet habe, derartige Mordversuche oder Morde zu begehen. Die preussische Regierung nahm Bezug darauf und brachte in diesem Sinne einen Gesetzesentwurf (sogenanntes Gödel-Gesetz) bei dem Bundesrath ein, welcher Annahme fand und dann dem Reichstag, welcher zur Zeit versammelt war, zur Berathung und Beschlussfassung vorgelegt wurde. Die erste Aufregung hatte sich, als das Gesetz dem Reichstag vorgelegt wurde, etwas gelegt, und wurden von Seiten der Regierung, in den begleiteten Motiven, die Socialdemokraten nicht mehr als die direkten Thäter, wohl aber als indirekt Mitschuldige bezeichnet. In der betreffenden Reichstags-Sitzung wurde das Gesetz berathen und wegen seiner Fassung, im Geiste waren alle sonstigen Parteien damit einverstanden, abgelehrt. *) Da nun die Regierungen der Ansicht sind, besagtes Gesetz nicht entbehren zu können und der Reichstag selbiges nicht genehmigt hat, so wurde deshalb der Reichstag aufgelöst und eine neue Wahl anberaumt. Der Leser ist in unterrichtet, daß in manchen Zeitungen die Behauptung ausgesprochen wird, daß die Auflösung des Reichstags nicht gerade

*) Sollte da nicht etwa eine geheime Abstimmung ein anderes Resultat ergeben?

deßhalb erfolgt sei, weil das Hölzel-Gesetz nicht genehmigt wurde, es sei der Regierung vielmehr darum zu thun, andere Abgeordnete zu bekommen, theils wegen dem Tabaks-Steuergesetz, sie wünschte überhaupt mehr Conservative, da sie sich auf die nationalliberale Partei, die seither Regierungspartei war, nicht in Allem verlassen könne. Ich halte mich bei meinen Betrachtungen nur an das was die Regierungen aussprachen.

Bevor ich die zwei zu erwartenden Gesetzesvorlagen bespreche, muß ich doch auf Hölzel und Nobeling eingehen, wo der Leser aber nicht von mir erwarten wird, daß ich über solche Personen viele Worte verliere, um so mehr da sich die Sache bereits geklärt hat. Von Hölzel wissen wir, daß derselbe von armen Eltern stammt, daß seine Erziehung eine mangelhafte, sein Betragen als Schüler ein schlechtes war. Derselbe erlernte widerwillig sein Handwerk als Spengler, suchte einige Zeit seinen Lebensunterhalt damit zu verdienen, wurde später Colporteur und war bei der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig, so quasi als Ausläufer thätig. Wegen seinen Handlungen, die weder von der Druckerei noch von der socialdemokratischen Partei gebilligt, vielmehr als verwerflich bezeichnet, wurde Hölzel aus der socialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Wir treffen ihn nun später in Berlin, wo er die christlich Socialen (Gegner der socialdemokratischen Partei) und deren Versammlungen besucht und als Colporteur für dieselben thätig ist und dann bei dem Attentat. Ueber Nobeling wissen wir (verhört konnte derselbe bis jetzt nicht werden, da derselbe wegen seinen Wunden besinnungslos ist), daß derselbe von einer vermöglichen und angesehenen Familie stammt, und daß ihm bis dato genügendes Kapital zur Verfügung stand. Nobeling erhielt von elterlicher Seite eine streng religiöse Erziehung, dergleichen auch in der Schule. Er besuchte, außer den Mittelschulen auch Universitäten und erwarb sich den Doktor-Titel. Später war er am Dresdener statistischen Bureau (einer Staatsanstalt) thätig; seine schriftstellerische Thätigkeit bezog sich theils darauf, außerdem soll er an der Social-Correspondenz mitgewirkt haben, welche von Hr. Böhmert, Direktor des gesagten statistischen Bureau, herausgegeben wird, welches Blatt sich die Aufgabe gestellt hat, die Socialdemokraten zu bekämpfen.

Von Hölzel kann man sich nur ein Bild entwerfen, als das von einem unklaren verkommenen Menschen. Bei Nobeling können wir nur denken, daß derselbe ein überspannter Kopf ist, aber daß er, was auch bei Hölzel der Fall sein kann, an Geisteskränkung leidet, oder daß die selben zu den Menschen zu zählen sind, die so zu sagen als Verbrecher geboren werden. Es ist nur unbegreiflich, wie das Attentat des Einen oder des Anderen einer Partei zur Last gelegt werden konnte und wie es nur möglich war,

in der Aufregung solche verwirrte Urtheile zu fällen! Betrachten wir die Sache doch etwas näher und ruhiger und wir werden ganz andere Resultate erhalten. Hölzel stammt aus einer armen Familie, aus dem Arbeiterstand, aus dem die meisten Socialdemokraten auch stammen, auch ist derselbe schlecht erzogen. Aber wir können das Verbrechen doch unmöglich der Socialdemokratie zur Last legen, wenn es wirklich daraus entsprungen sein sollte, denn die Socialdemokraten sind doch nicht etwa daran schuld, daß der Arbeiterstand durchgehens arm ist und schlechtere Erziehung hat. Die Schuld würde dann einzig und allein denjenigen zur Last fallen, die solche Verhältnisse geschaffen, die die Erziehung seither im Staate überwacht, die die Schulen geleitet haben. Nobeling gehört gemäß seiner Geburt, seiner Erziehung, sowie seiner Lebensstellung der reichen Klasse an, wollte man nun einer der Partheten, die sich meistens aus der reichen Klasse bilden, die Schuld des Attentats beimeßen, da Nobeling aus denselben stammt! so wäre dieses gerade so ein ungerechtes Urtheil, als wenn man die Socialdemokratie deßhalb beschuldigen wollte, da Sv. 1 aus der armen Klasse geboren wurde. Es haben zur Verwirrung des Urtheils die Depeschenpächter und Zeitungsberichterstatter allerdings solloffales geleistet und wollte man alle umlaufenden Unwahrheiten verzeichnen, so gäbe dieses ein ziemliches Buch. Das stärkste was in diesem Sinne geleistet wurde, war der Bericht über das angebliche Verhör, welches stattgefunden haben sollte und wo die Mutter des Nobeling, Stadtgerichtsräthe und Staatsanwalt Lessendorf zugegen gewesen sein sollten, woran selbstverständlich kein Wort wahr. Ich habe die Anschauung und weiß, daß ich auf Zustimmung rechnen kann, daß eines der besten Gesetze, welches der neue Reichstag berathen und beschließen könnte, das sei, — daß alle Diejenigen, welche Depeschen aufgeben, welche derartige Unwahrheiten enthalten, sie mögen sich beziehen auf welche Handlungen sie immer wollen, 50 Stück ganz Feste bekommen: der Leser weiß schon was ich meine und wohnt? und daß alle Diejenigen, die es in Zeitungen leichtfertig weiter verbreiten, ein Dessert von derselben Sorte erhielten.*)

Die Handlungen der Attentäter werden von allen Parteien, gleichviel welche Anschauung sonst unter denselben herrscht, verurtheilt und verabscheut und zwar schon von rein menschlichem Standpunkt aus, abgesehen von allem Anderen. Es sind sich ferner alle Partheten, welche jetzt in Deutschland bestehen, darin klar und

*) Wenn man dem Wolfischen Telegraphen-Bureau, welches das meiste geleistet hat, für jede Unwahrheit die dasselbe nur allein über das Nobeling-Attentat in die Welt geschickt hat, in der gedachten Menge und Zahl (und zwar von Reichthümern) ausbezahlen wollte, so hätte man zur Verabreichung desselben eine Compagnie Soldaten nöthig.

sich bewußt, daß der Tod S. R. M. ihnen keinen Vortheil bringen könnte. Selbst wenn ich ältere Parteien prüfe und zurück gehe bis 1848, so kann ich in Deutschland keinen Mitschuldigen finden, der ein Interesse an dem Tod des R. hätte. Im Jahre 1848 bestand allerdings Meinungsverschiedenheit, denn das Volk versuchte ein geeinigtes, geachtetes und mächtiges Deutschland zu schaffen (dieses war ja wie bekannt der Haupt-Impuls der 48. Bewegung), was zwar nicht erreicht wurde. Fragen wir aber die Leute die zur Zeit thatkräftig für die Einheits-Idee eingetreten sind, so erhalten wir die Antwort, daß sie sich mit den heutigen Verhältnissen ausgeöhnt haben. Es gibt allerdings Manche darunter, welche sagen, eine vollständige Einheit sämmtlicher Deutschen haben wir noch lange nicht, geachtet sind wir nach unseren Begriffen auch nicht, wohl sind wir gefürchtet. Wenn auch dieses, sowie manches Andere nicht gerade ist wie wir es wünschen, so ist es doch wenigstens in dieser Beziehung nicht schlechter geworden als es früher war und begnügen wir uns mit dem was wir haben. Kein Einzelner leidet aber so an Geistesstörung, daß er sagte, durch ein Attentat auf S. M. d. R. würden wir uns ein vollständig geeinigtes Deutschland erringen, oder uns etwa die Achtung des Auslandes erwerben.

Es ist ebensowenig denkbar, daß die Attentate etwa von Auswärts oder anderen Staaten vorbereitet wurden, wie es in älteren Zeiten öfters geschahen.

Wir wollen als richtig zugeben, durch den Tod der jetzt regierenden Kaiser von Rußland und Deutschland, wird das intime Verhältniß, welches jetzt zwischen den beiden Staaten besteht aufgelöst und wenn gegenwärtig Deutschland nicht Rußland zur Seite stünde, so würde England seine Forderungen Rußland gegenüber in der orientalen Frage leichter durchsetzen, so ist aber doch gewiß nicht denkbar, daß ein Staat wie England in der heutigen Zeit zu solchen Mitteln greift.

Nehmen wir an, Frankreich hat ein Staatsinteresse daran, wenn beide Staaten getrennt werden, um wo möglich mit Rußland eine Allianz abzuschließen oder doch wenigstens Deutschland zu isoliren um leichter seine Revanche nehmen zu können. Auch Frankreich können wir so etwas nicht zutrauen, es kann auch ruhig den natürlichen Tod des Kaisers abwarten, da ja seine Militär-Organisation noch nicht ganz eingelebt noch nicht ganz vollständig ist.

Ich habe allerdings auch die Ansicht und selbige schon vor vielen Jahren ausgesprochen, daß sich das freundschaftliche Verhältniß von Deutschland und Rußland nach dem Tode der jetzt regirenden Kaiser lösen wird und lösen muß, daß Rußland nicht unser Freund bleibt, nicht bleiben kann, und daß wir, wenn

uns Deutsche etwas etwas recht hartes zuläßt, dasselbe nicht von Westen, sondern von Osten bekommen.

Anderer Staaten hätten gar kein Interesse an einem Attentat, und kommen wir deshalb zu dem Schluß, daß die Handlungen der Attentäter nur personelle sind.

Neue zu erwartende Gesetzes-Vorlagen. I. Ausnahme-Gesetz.

Die zu erwartenden neuen Gesetzes-Vorlagen, ist das eine ein politisches das andere ein wirtschaftliches, soweit sich wirtschaftliche und politische Gesetze überhaupt trennen lassen. Das Gesetz, Schutz gegen die socialdemokratischen Ausdehnungen ist als ein politisches und zwar als ein Ausnahme-Gesetz zu betrachten. Mit Ausnahme-Gesetzen habe ich mich zu keiner Zeit, und es mochten dieselben auch gerichtet sein, gegen wen sie immer wollten, befreundeten können, da solche Gesetze die Freiheit bedrohen, ja dieselbe aufhebt! Es ist fast überflüssig nur zu erklären, daß man sich unter Freiheit nicht denken kann, daß Jeder in einem Staate thun und treiben kann, was ihm nur beliebt, dieses ist in keiner kleinen Privatgesellschaft zulässig, wie viel weniger in einer so großen wie der Staat bildet. Haben wir uns nun bereits von der Nothwendigkeit von Gesetzen (Statuten) und Vorstände in Privatgesellschaften überzeugt, so haben wir im Staate, Gesetze und Vorstände (Regierungen) erst recht nöthig. Wo viele Menschen zusammen leben, wie in einem Staatswesen, müssen unbedingt Bestimmungen (Gesetze) bestehen, wonach sich Jeder richten muß! Es muß hingegen auch Jedem gestattet sein, innerhalb dieser Gesetze thun zu können was er will, was ihm beliebt, und dieses ist der Begriff von Freiheit im Staate. Machen wir nun Ausnahme-Gesetze, das heißt solche, wo nur einzelne Personen, einzelne Classen gezwungen werden, sich nach diesem Gesetz zu richten, den Anderen hingegen gestattet ist, sich außerhalb diesem Gesetze zu bewegen, wo der eine wegen Handlungen in Folge diesem Gesetze gestraft wird, dem andern aber dieselbe Handlung erlaubt ist, so ist in einem solchen Staate die Rechtsfreiheit und Rechtsgleichheit aufgehoben. Ich habe mich ferner mit solchen Gesetzen nicht befreundeten können, da ich mich überzeugt habe, daß Ausnahme-Gesetze, auch wenn sie in der besten Absicht erlassen wurden, stets den Zweck verfehlen, daß ihre Wirkung fast immer das gerade Gegentheil von dem war, was man zu erreichen suchte. Außerdem schlechten Ausnahme-Gesetzes stets Unbillig- und Ungerechtigkeiten in sich ein, welches wohl zu beheben ist.

II. Indirecte Steuergesetze

Unsere zweite Gesetzesvorlage welche zu erwarten ist (vorerst erhöhte Tabakssteuer) zählt zum wirthschaftlichen Gesetze.

So wenig ich mich mit Ausnahmegesetzen befreundet kann, so wenig bin ich für indirecte Steuern und zwar aus später zu erläuternden Gründen. Das unser Staatshaushalt Geld (es wird sogar gesagt viel Geld) kostet ist bekannt. Die Staatsregierungen gebrauchen zur Verwaltung, zur Uebervachung und Vollziehung der Gesetze Dienstleistungen welche durch Beamte u. s. w. besorgt werden, und solche Dienstleistungen müssen entschädigt werden, was am einfachsten und auch meistentheils durch Geld geschieht. Da nun die Regierenden die Ausgaben, die der gesammte Staatshaushalt erfordert, nicht etwa aus ihrer Privatschatulle zu zahlen geneigt sind, auch nicht zahlen könnten, so muß deshalb die Regierung darauf bedacht nehmen, wie sie sich das Geld beschafft, und da steht ihr dreierlei zu Gebote, das sind: Domaineneinkünfte, Steuern und Anlehen. Den letzten Weg, Anlehen, halte ich für nachtheilig für ein Staatswesen. Die Domainen ergeben in der Regel keinen großen Ueberschuss, so bleibt als Haupteinkunftsquelle die Steuer, welche wieder in zwei Hauptklassen, nämlich directe und indirecte getheilt wird. Daß sich bei allen Steuerformen Ungleichheiten herausstellen ist bekannt, jedenfalls verdient aber die directe Einkommensteuer mit Aggressivitäten den Vorzug vor allen anderen, schon wegen ihrer Einfachheit. Sobald der Steuerzähler eingeschätzt ist, sei es durch eigene Angabe, oder durch eine Commission, so wird einfach der Betrag auf dem Steuerzettel angegeben und ist dann direct an die Steuerkasse zu zahlen. Es ist bei denselben auch am ersten möglich, die größte Gerechtigkeit im Steuern zu erzielen, d. h. daß Jeder nach seinen Kräften, nach seinem Vermögen und Einkünften zur Steuer herangezogen wird und zum Staatshaushalt beitragen muß.

Die indirecte Steuer hingegen ist in ihrer Erhebung zu kostspielig und schickands, außerdem ist sie unbillig und ungerecht, da sie einzelnen Personen, Corporation und Districte ungleich mehr belastet als andere. Sehen wir uns die zu erwartende erhöhte Tabakssteuer etwas näher an und wir werden finden, daß das Gesagte zutrifft. Die Tabakssteuer würde hauptsächlich den hiesigen Bezirk belasten und belästigen, alle übrigen Bezirke von Deutschland, wo kein Tabak gebaut wird, gingen frei aus. Es würde dieselbe zu zahlen, resp. zu zahlen haben, entweder der tabakbauende Bauer, der Tabakshändler, oder der Tabak- und Cigarrenfabrikant. Alle andere Bauern die kein Tabak bauen, alle Kaufleute, die nicht Tabak führen, sowie alle andere Fabrikanten gingen frei aus. Belästigung hat von der Steuer schon jetzt der Bauer,

wegen Anmeldung u. s. w., wenn sie hoch wird, will stärkere Controle ein und wird belästigender, wird sie etwa bei den Fabrikanten erhoben, dann wird sie erst recht schickands.

Betrachten wir uns auch das, was zu Gunsten der Tabakssteuer angeführt wird. Zunächst und dies ist auch wohl der Hauptgrund, wird gesagt, der Tabak ist ein Object, wo sich noch 2—300 Millionen heraus schlagen lassen. Ja, aber warum wollen wir die 2—300 Millionen, wenn dieselben im Staatshaushalt erforderlich sind, jedenfalls auf Genehmigung zu rechnen haben, nicht auf dem einfachen Weg, mittelst direkter Steuer erheben?

Der Tabak gehört nicht zu den unentbehrlichsten Lebensmitteln und wenn Brod, Fleisch u. s. w. besteuert ist, gehört der Tabak erst recht besteuert! — Ja wohl! Aber ist es denn gerecht und billig, daß Brod, Fleisch u. s. w. besteuert ist? Kehren wir es einmal um und sagen, wir versteuern in Zukunft kein Brod, Fleisch u. s. w. mehr und mithin auch keinen Tabak!

Der Tabak ist der Gesundheit nicht zuträglich eher schädlich und kann deshalb eine Steuer nur am Plage sein. — Auch ich theile die Ansicht, daß der Tabak mehr schädlich als nützlich ist. Aber, ich komme nochmals mit Aber, aus dem Grunde soll eine hohe Tabakssteuer gewiß nicht eingeführt werden, daß in Zukunft wenig oder gar kein Tabak geraucht werde. — Es wird ferner noch zu Gunsten der indirecten Steuern im allgemeinen angeführt, daß dieselben leichter bezahlt werden als die directe. Leichter gezahlt? Ist ganz gewiß ein unrichtiger Ausdruck, wenn mir Jemand sagt, williger gezahlt, dem stimme ich bei! Doch halt! Ein Fall ist angenommen und ich stütze mich auf eine staatsrätliche Begründung, die bei Besilwortung der Biersteuer vorgebracht und wo gesagt wurde: „Die Biersteuer sei keine so unbillige, so unerschwingliche und könne leicht aufgebracht und erspart werden, ohne sich große Entbehrungen aufzulegen. Und wem der Beseher wie das Rezept lautet? und wie es gemacht wird? Sehr einfach: Der Mann der gewohnt sei, Abends 10 Glas Bier zu trinken, könne sich auch mit 9 Glas Bier begnügen und da wäre die Biersteuer gewonnen.“ Ein hiesiges Blatt gab seiner Zeit darauf die Antwort, daß die Entbehrung für einen gewissen Jemanden nicht all zu groß sei, wenn derselbe vorerst gut zu Nacht gegessen, dann später im Gesellschaftstotal Räuberhöhle noch 9 Glas Bier getrunken habe, dann zu Gunsten der Biersteuer auf das zehnte Glas Bier verzichte. Etwas anderes sei es aber bei dem Speißbub, den sein Geld so kaum für Brod und ein Glas Bier als Mittagessen reichte, wenn er in Zukunft auch noch für Bier Steuer zahlen solle, womit er das Stück trocknen Brod und den Maurerknauf, den er bei der Arbeit eingeschickt hat, ansechten will.

Da nun die Leser durch das ihnen mitgetheilte Rezept in Zweifel sein können, ob ich recht habe, wenn ich sage die indirecten Steuern werden gewiß nicht leicht gezahlt, so diene folgendes: Eine Familie läßt für 5 Pfg. $\frac{1}{2}$ Pfd. Salz holen, wir fragen warum $\frac{1}{2}$ Pfd. ? einfach weil kein Geld mehr vorhanden war. Es wäre für diese Familie aber schon oft ein kleines Fest gewesen, wenn sie die 3 Pfg., welche als Steuer bei dem $\frac{1}{2}$ Pfd. Salz berechnet wurden, hätten behalten können, um damit ein Pfg.-Bröbchen zu kaufen und es Abends noch unter zwei hungrige Kinder vertheilen zu können.

Ich habe gesagt die indirecten Steuern werden williger gezahlt und zum Beweis berufe ich mich auch auf einen Badiſchen Beamten und zwar auf (bald hätte ich gesagt geh. Staatsrath I. Classe) einen Steuerperäquator mit dem ich mich vor 15 Jahren über Steuern unterhielt. Derselbe sagte: Das Unbillige und Ungerechte der indirecten Steuern sei in Regierungskreisen anerkannt und schon oft der Wunsch kund gegeben worden dieselben zu beseitigen, man wisse nur keinen Ersatz den Ausfall zu decken, denn wenn man diese Summe, welche die direkte Steuer überschreite, gleichfalls auf den Steuerzettel stelle, so würden sie sehr widerwillig gezahlt werden. Er begründete das Gesagte mit einem sehr zutreffenden Vergleich, wie folgt: Wenn man die Absicht habe, Jemanden mit 10 Pfd. zu belasten und es geschieht anzufangen wisse, diese 10 Pfd. auf dem Rücken desselben so zu vertheilen, daß er nichts davon sieht, so wird er die 10 Pfd. tragen ohne zu murren; wollte man aber demselben nur $\frac{1}{2}$ Pfd. an die Nase hängen wo er es sieht, so würde er sich bis dorthinaus sträuben und nicht tragen wollen.

Wir erkennen aus dem zuletzt angeführten Vergleich, daß das ganze grobe Geheimniß unserer Staatsfinanzpolitik darin besteht, mittelst der indirecten Steuer die Steuerzahler so zu belasten, daß viele es gar nicht wissen, daß sie nur Steuer zahlen, und nicht merken, wie oft und wieviel sie zahlen müssen.

Betrachten wir uns die Folgen, die aus indirecten Steuern und deren Erhebung entstehen, genauer, so erscheinen dieselben in einem ganz anderen Lichte, als wie sie uns von den Verehrern derselben gezeigt werden, wir werden sehen, daß sie gar nicht so harmlos sind. Betrachten wir uns zunächst solche Steuern, die nicht gerade auf die unentbehrlichsten Lebensmitteln gelegt sind*), so finden wir, daß dafür viele, viele Hände aufgeboden werden (bis alle zusammen der Landwirtschaft, dem Gewerbe und Künsten abgehen) und zu was? zum welchem Zweck werden sie aufgeboden? Gewiß nicht um etwa die Grenzen des Reiches zu bewachen, sondern dieselben mit kleinen Schlagbäumen zu bespicken. Es werden Aufseher an Eingängen der Städte postirt, die Straßen und Wege des

*) Unter gewissen Umständen können Gründe für Zollschuß sprechen, es würde aber zu weit abführen, wenn ich mich auf diese Frage hier einlassen wollte.

Handels werden beaufsichtigt und die Waaren-Erndungen angefallen in Speichern, in Kellern und Vorrathshäusern wird vom Zollbeamten herumgestänkert. Es wird ein Kriegszustand zwischen der Staatsregierung (Zollbehörde) und dem Volke, zwischen Bürger und Bürger geschaffen. Die Ungerechtigkeit solcher Fiskalgesetze schließt das Schlimme noch gleichzeitig in sich, daß sie zum Zollbetrug, zum Schleichhandel, in früheren Jahren sogar zur Empörung Veranlassung gaben und haben dieselben schon manchen Menschen ins Unglück gestürzt. Betrachtet man aber eine solche Steuer, wenn sie auf die unentbehrlichsten Lebensmitteln gelegt wird, in ihrer Konsequenz, so finden wir, daß sie namentlich in der ersten Zeit der Einführung zu einer wahren Grausamkeit sich gestalten kann! Denn, wer dem armen Manne die Früchte der Erde durch solche Steuern vertheuert, der raubt sie ihm! Wer ihm aber die Lebensmitteln raubt, die zu seinem Lebensunterhalt erforderlich, der tastet doch sein Dasein an! Wenn ein Steuergesetz den Lebensunterhalt eines Armen noch ausquetscht, so benimmt man ihm ja mit den Nahrungsmitteln die körperlichen Kräfte! Der Arbeiter wird durch ein Müßiggänger und Nothleidender und aus einem Nothleidenden und Hungrigen wird ein Verbrecher. — Dieses sind die Gründe, weshalb ich Gegner der indirecten Steuern bin, und wo ich von meinen Mitwählern in dieser Beziehung auf Zustimmung und Unterstützung hoffe.

Mit den beiden zu erwartenden Gesetzesvorlagen wären wir zu Ende, da ich aber noch über bereits bestehende Gesetze und Einrichtungen sprechen wollte, so muß ich der Leser schon gefallen lassen, daß ich noch nicht schließe. Ich werde mich in der weiteren Ausführung auf eine Reichstagswahl-Verammlung beziehen, die von der nationalliberalen Partei auf den 5. Juni 1877 im Badner Hofe einberufen war. Die Berichte über diese Verammlung, namentlich was ich gesprochen haben sollte, waren nicht zutreffend. Eine Berichtigung von mir fand in hiesigen Blättern keine Aufnahme, wohl nahmen denselben theilweise auswärtige Blätter auf. Bei der weiteren Besprechung werde ich auf das zurückkommen, wozu mir Zeit gestattet war, es in der Verammlung auszusprechen und werde ich es gleichzeitig vervollständigen.

Nationale Entwicklung.

In der eingangs gelagten Verammlung wies der Vorredende, Hr. Bankdirektor Ehard darauf hin, daß die nationalliberale Partei die stärkste im Reichstag gewesen sei, was ich dahin ergänzte, daß sie die stärkste in allen gesetzgebenden Körpern gewesen und

auch in dem künftigen Reichstag (nämlich von 1877) sei, und mithin bei den Gesetz-Verschlüssen die Entscheidung geben werde, weshalb ich mich veranlaßt sah zur Versammlung zu sprechen.

Die Herrn Borredner, Herr Bankdirektor Eckhard, Reichstagsabgeordneter Scipio und Oberstaatsanwalt Kiefer, hoben die nationale Errungenschaften und weitere Entwicklungen, ganz besonders hervor, worauf ich erklärte: meiner Anschauung nach sei unter den Deutschen in dieser Beziehung gar kein principieller Gegner zu finden, es sind höchstens Einige aus persönlichem Interesse dagegen, oder einige Gewohnheitsmenschen, die keine Neigung haben, sich von alten ihnen bekannten Gesetzen und Einrichtungen zu trennen. Selbst diejenigen, welche sich zur weltbürgerlichen (internationalen) Anschauung bekennen (zu denen ich auch zähle) sind keine Gegner der nationalen Entwicklung, denn sie sagen: die Idee vom Weltbürgerthum muß wohl gepflegt, sie wird auch mit der Zeit allgemein anerkannt werden, allein heute leben wir im Zeitalter der Nationalitäten und wäre es Thorheit dieses nicht zu beachten und derselben nicht Rechnung tragen zu wollen. Die nationale Vereinigungsbestrebungen finden wir bei allen unseren Nachbarstaaten, theils schon vollzogen, theils in der weiteren Entwicklung begriffen. Auch wir Deutsche sind auf dem Weg eine deutsche Nation zu bilden und die Stammesunterschiede zu verdrängen, mit Hannover, Nassau u. s. w. hat dieser Prozeß bereits begonnen und bleibt es nicht aus, daß mit der Zeit auch Baden, Württemberg, Bayern u. s. w. von der Landkarte verschwinden und in dem gesammten deutschen Staat aufgehen wird.

Wir leben eben in einer Zeit, wo dahin gestrebt wird, möglich Grobes zu vereinigen (sogar im Geschäftsleben ist es so), wo oftmals sich die Interessen von Staaten, die viele Millionen von Einwohnern zählen, sich mit den Interessen anderer Staaten kreuzen und dieses zur nationalen Vereinigung drängt. So lange die Nationalitäten an der Tagesordnung sind, ist es selbstredend, daß man sich bei wichtigen Fragen auf die Seite seiner Landsleute stellt, mit denen man vermöge seiner Geburt, seiner Verwandten, seiner Erziehung, Sprache, Sitte und Gebräuche innig verwachsen ist. Bei reinwirthschaftlichen Fragen wird man sich so wie so, schon aus Geschäfts-Interesse, auf Seiten seiner Landsleute stellen, denn es kann mir, sowie keinem Deutschen gleichgültig sein, ob Deutschland verarmt und etwa England noch übermäßiger reich würde, so wenig wie es mir gleichgültig sein kann, ob der Ort mit seiner nächsten Umgebung, wo ich wohne, verarmt oder bereits verarmt ist, da ja dieses einen wesentlichen Einfluß auf mein persönliches Wohlbefinden ausübt.

Was die Schaffung von einheitlichen Gesetzen betrifft, so habe ich mich schon seit vielen Jahren und zwar schon seitdem ich

über politische und wirthschaftliche Fragen, denken und urtheilen gelernt habe; dahin ausgesprochen, daß ich gerne die Gesetze eines jeden beliebigen deutschen Staats annehmen würde, wenn dieselben nur in allen Zweigen einheitlich und maßgebend für ganz Deutschland sind. Einen Hauptfehler haben zwar alle unsere deutschen Gesetzgebungen, auch der Reichsgesetzgebung hängt dieses noch an und ist dieses die ungeheure Zahl von Gesetzesparagrafen, die nach Tausende zu zählen sind. Es weiß Jedermann, daß die SS so zahlreich sind, daß sie nicht einmal die Richter und Advokaten im Gedächtniß behalten können, sondern stets das Gesetzbuch zur Hülfe nehmen müssen. Wenn nun der Fachmann, der sein Studium darin gemacht, dem es seine tägliche Beschäftigung ist, die Unmasse von Bestimmungen nicht behalten kann, wie sollte es da möglich sein, daß der Bauer, der Handwerker u. s. w., der ganz andere Beschäftigungen hat, dieselben kennen zu lernen, geschweige zu behalten?! Das Unpraktische liegt hier so klar auf der Hand, daß jede weite Ausführung übrig ist. Aber nicht allein dieses, es schließt sogar auch noch etwas unbilliges in sich ein, weil jeder Staatsangehörige gehalten ist, seine Handlungen nach dem vorgeschriebenen Gesetze einzurichten, da er ja darnach be- und verurtheilt wird, wo es ihm aber, wegen der großen Zahl, rein nicht möglich ist, selbiges kennen zu lernen. Hier ist Abhülfe nöthig und sollte der Gesetzgeber dem Kinde, bevor es die Schule verläßt und direkt unter die Staatsgesetze tritt, unbedingt einen Unterricht in Gesetzen ertheilen lassen und wenn es nur in einem ähnlichen Zeitverhältniß wäre, wie der Religionsunterricht, den der Geistliche noch vor Entlassen aus der Schule ertheilt. Dergleichen ist Abhülfe am Platze, daß die Gesetze vereinfacht werden und möchte ich wünschen, daß hierin der Rath befolgt würde, den ein Abgeordneter der II. habsburger Kammer, bei Berathung von einem Gesetz ertheilte, indem er sagte: „Meine Herrn um was ich Sie bitte, ist; machen Sie die Gesetze so einfach wie möglich, machen Sie selbige so, daß sie jeder Bauer greifen (das heißt Jedermann verstehen kann).“ — Meine Defer sind bestimmt auch mit dem Wunsch befeelt, möglichst einfache und allgemein verständliche Gesetze zu erhalten, die dann sowohl für den Bauer als Städter, für Arme und Reichs, für Nedere und Hohe gleich bestimmend und gleich ausgelagt werden, und daß dann das geflügelte Wort: „Ja Bauer, das ist etwas anders!“ keine Bedeutung mehr hat. — Wo dieses am einfachsten und sichersten zu erreichen wäre, darüber können wir später einmal sprechen.

Wirthschaftliche Zustände.

Unser Reichstagsabgeordneter, Herr Scipio, gab in der Versammlung die Erklärung ab, daß wir in Deutschland eine Ueberproduktion hätten, worauf ich erklärte: daß mich dieses Geständniß verwundere, da von seiner Partei früher immer eine Ueberproduktion bestritten worden sei. Dieser Ueberproduktion gegenüber haben wir aber auch eine Mehreinfuhr zu konstatiren, und das gibt sehr zu bedenken. Die Mehreinfuhr beträgt in den Jahren 1872 und 1873 nach statistischen Angaben über 2700 Millionen. Viele sagen, wir hätten von 1870 bis heute für 10,000 Millionen mehr ein- als ausgeführt. Dieses wäre allerdings eine kolossale Summe, und um sich einen Begriff von 10 Milliarden machen zu können, so muß man sich sagen, daß 10 Eisenbahnzüge, jeder Zug mit 60 Wagen, und jeder Wagen mit 100 Ltr. Gold beladen sein müßte, um diese Summe fortzubringen. Ob die Mehreinfuhr die Summe von 10 Milliarden repräsentirt oder weniger, sei hier nicht weiter untersucht, so viel steht aber fest, daß wir in Deutschland so etwas wie Ueberproduktion haben und das steht auch fest, daß mehr ein- als ausgeführt wurde, und zwar wurden nicht allein Nahr- und Rohprodukte, sondern auch viele halb und ganz Fabrikate eingeführt, was uns zu dem Schluß bringt, daß in unseren Handelsverhältnissen etwas Ungefundes liegen muß. Darüber bei einer andern Gelegenheit ein Wort.

Börsen.

Da ich die wirthschaftlichen Gesetze für wichtiger erachte, als die politischen, so benützte ich die Gelegenheit, noch über Wirthschaftliches zu sprechen, und wo ich die Erklärung abgab, daß auf unsere National-Oekonomie drei Faktoren einen wesentlichen und hauptsächlichsten Einfluß ausüben und das sind: Die Börsen, die Banken, namentlich privilegirten Banken, und Aktien-Gesellschaften.

Von den Effectenbörsen (wo Staats-, Eisenbahn- und andere Papiere gehandelt werden) habe ich, namentlich in früheren Jahren, stets und ständig nur gehört und gelesen, daß diese Börsen Handel und Industrie, überhaupt alle großen Unternehmungen, befördern, und bin ich deshalb mit einer gewissen Ehrfurcht vor den stattlichen Börsengebäuden vorübergegangen, bis ich selbst einmal hinein gekommen und von dem Thun und Treiben in denselben Kenntniß erhalten hatte, wo ich dann allerdings ganz andere Ansichten erlangte. Schon der erste Eindruck ist ein höchst ungünstiger für mich gewesen, durch den Hülenslärm, der gemacht wurde u. s. w. — Wenn ich auch das, was die landwirthschaftliche Zeitung in

Berlin über den Zeigentag für die Reichsbank-Aktien sagte, nicht gerade auf die Börse anwenden will, dieselbe sagte nämlich: „am 4. Juni 1874 habe die Kurstraße in Berlin (wo das Hauptbankgebäude steht), Morgens um 8 Uhr ausgehoben, als hätten sich alle Banditen von Spanien, von Griechenland und Italien da zusammengefunden, und hätten Gesellschafts-Toilette gemacht, um der Bank eine Kaffeewisite abzustatten“; immerhin ist aber der erste Eindruck ein sehr unangenehmer für mich gewesen. — Die Hauptthätigkeit der besagten Börsen besteht in Differenzgeschäften und besteht ein solches darin: Einer bietet ein beliebiges Papier zu einem gewissen Preis und auf bestimmte Zeit zum Tiefere an, was ein Anderer acceptirt, und werden dann die Preise und Zeit einfach not t. Es ist aber Usus, daß die gekauften Papiere nicht übernommen werden, sondern die Coursdifferenz wird Mitte oder Ende des Monats verrechnet. Das ganze Wesen des Geschäfts ist mithin weiter nichts, als daß Jemand ein Papier kauft, in der Hoffnung, daß dasselbe im Cours steigt, und er dann die Differenz erhält; fällt dagegen der Cours, so muß er die Differenz zahlen. Es ist dieses Geschäft bei den meisten Börsen-Spielern nichts weiter als ein Hazardspiel, ganz gleich dem, wenn man auf eine Karte, welche abgezogen werden soll, so und so viel setzt. — Ich gebe zu, daß ich bei Schilderung des Börsen-Differenz-Geschäftes etwas weitschweifig wurde, glaube aber etwas ausführlich sein zu müssen, da ich annehme, daß mancher der Herren Anwesenden noch keine Effecten-Börse besucht hat. Sehen wir weiter, wie das Börsenspiel von großen Bankhäusern nach gewissem Systeme behandelt wird, wie ihm gewisse Berechnungen zu Grunde liegen: z. B. das Bankhaus Rothschild in Frankfurt a. M. hat ziemlichen Vorrath von Staatsbahnactien und wünscht dieselben zu besserem Cours als sie eben stehen, zu verkaufen, oder es will mit Coursdifferenz ein Geschäft machen. Was thut Rothschild? Die Sache ist sehr einfach, aber nichtsdestoweniger erfolgreich; Rothschild läßt nämlich durch seine offiziellen Makler Staatsbahnactien auf der Börse kaufen, und zwar zu höheren Coursen als selbige stehen, dann heißt es sofort an der Börse: Rothschild kauft Staatsbahnactien, Rothschild muß es wissen, daß dieselben steigen, und die Folge ist, die Course gehen in die Höhe. Währenddem aber, daß Rothschild, angenommen 3000 Stück offiziell kaufen ließ, läßt derselbe 10,000 Stück unter der Hand verkaufen und das Ergebniß besagten Manövers ist: Rothschild hat von 7000 Stück Actien, welche auf vorgedachte Weise an die Höhe gebracht wurden, den Coursegewinn in der Tasche. Die weiteren 3000 Stück Actien können den Andern oder späteren Tage zu dem übernommenen Preis wieder abgegeben werden. Ganz das ähnliche Manöver wird gemacht, wenn Rothschild ein Papier drücken will. Noch leichter

sind Papiere zu brüden und zu treiben (d. h. den Cours höher oder niedriger zu bringen), wenn größere Bankhäuser in verschiedenen Börsenplätzen in besagter Weise Hand in Hand gehen, und daß sich zu diesen Zwecken schon sogar Gesellschaften gebildet haben, ist bekannt. Außer dem Gesagten werden noch verschiedene andere Mittel angewendet, unter Andern auch, daß man falsche Nachrichten verbreitet, um Papiere rasch steigen oder fallen zu lassen; nun, diese Art von Geschäften zählen denn doch schon zur Klasse des Schwindels. In den letzten Jahren ist man an den Börsen aber noch weiter gegangen, indem man sich nicht scheute, falsche Bücher-Abschlüsse von Actiengesellschaften, Prospecte, von denen man wußte, daß das darin Gesagte nicht zutrafte, zu benutzen, um vortheilhafte Geschäfte zu machen; auch diese Art Geschäfte sind jedenfalls als qualifizirter Betrug zu verzeichnen. In dieser Beziehung haben sich, wie wir leider sagen müssen, fast alle unsere Bankhäuser grobe Versehen zu schulden kommen lassen, dadurch, daß sie großen, vielsagenden Prospecten ihre Namensunterschrift beifügten, und gleichzeitig zum Zeichnen auf Actien u. s. w. eingeladen haben, während ihnen doch nur zu bekannt sein mußte, daß die Rentabilität und Solidität nicht so sei, als im Prospect gesagt wurde. Sehr viele Leute haben sich nur deshalb entschlossen, Actien zu kaufen, da sie den Banquiers Vertrauen schenken, die mit unterschrieben waren, wobei freilich Vielen ihr den Banken geschenktes Vertrauen sehr theuer zu stehen kam. Daß Mancher sehr große Verluste, sogar das ganze Vermögen verloren hat, ist bekannte Sache. Nach unseren heutigen Gesetzen wäre der Strafparagraph darauf zu beziehen, welcher denjenigen bedroht, der „durch falsche Vorpiegelung zu seinem Vortheil Jemand an seinem Eigenthum beschädigt hat,“ oder, wenn ein gelinderer Paragraph Anwendung finden sollte, so wären die Herren Banquiers wenigstens der Beihilfe schuldig. In dieser Beziehung ist wirklich die Nachsicht der Herren Staatsanwälte zu bewundern. Ich will nicht den Stab brechen über einzelne Personen, wir alle werden mehr oder weniger von Zeitverhältnissen beeinflusst, ich nehme auch zu Gunsten der Banquiers an, daß dieselben nicht überlegen, wie viele Personen dadurch beschädigt werden könnten, indem sie zum Zeichnen empfohlen haben, hingegen verurtheile ich das System als ein gemeinschäbliches, als ein demoralisirendes.

Durch die Thätigkeit der Effectenbörsen, welche hauptsächlich in Differenzgeschäften besteht (leider werden in neuerer Zeit auf den Producten-Börsen auch viele Differenzgeschäfte gemacht), werden die national-wirtschaftlichen Verhältnisse in Nichts gebessert. Denn dadurch, daß Einer von Heute auf Morgen, auf Mitte oder Ende des Monats 30,000 Mark an irgend einem Papier verliert, eine Summe, die ein Anderer zahlen muß, wird nichts Nugbringen

des producirt, nichts, das der Allgemeinheit zum Nutzen gereicht. Wir werden uns vielmehr sagen müssen, daß mit solch einem Geschäft, sowie mit all den Willkuren, welche auf den Börsen in dieser Weise gehandelt werden, kein einziger Gebrauchswert geschaffen wird; es wird nicht einmal soviel erzeugt, daß sich ein Spaz einen Tag davon ernähren kann. Dieses zeigt uns klar und deutlich, daß die Börsen auch nicht den geringsten wirtschaftlichen Werth haben, es sind eben nur diejenigen Locale, wo sich die Papiere der einheimischen und auswärtigen Banquiers concentriren, wo dem Publikum für gutes Geld schlechte Papiere überwiesen werden, wo Jemand, der ein schlechtes Papier wieder verkaufen will, ein noch schlechteres aufgehaßt bekommt. Man hat es so verstanden, mittelst der angeführten Geschäfte, den kleinen Rentier, den kleinen Geschäftsmann, Landwerker, Landwirth und Beamten, die sich etwas erspart und verdient hatten, das Geld aus der Tasche zu holen, — kurz gesagt, der Mittelstand wurde in erster Linie hauptsächlich geplündert. — Kann mir Jemand das Gesagte als unbegründet, oder unwarhaft nachweisen, so bin ich gern bereit zu widerrufen, ich bin überhaupt jedem dankbar, der mich auf einen Irrthum aufmerksam macht.

Banken.

Das Geld, was sich den Börsen noch entzogen hat, das holen sich die Banken; am sichersten die privilegirten Banken. Zunächst einiges über die Reichsbank, die trotz des schön klingenden Namens in Wirklichkeit nur eine privilegirte Actien-Bank ist. Der Defer ist überrascht, dieses von mir zu hören, da er doch zu hundertmalen gelesen hat, daß das Reich eine Bank gebrauche und daß dieselbe durch, und für das Reich gegründet wurde, er glaubt, da er für seine Zeitung vierbeihährlich, so und so viel bezahlt, daß ihm dieselbe für dieses Geld auch das Neueste und Wichtigste, wahrheitsgetreu berichtet, berichten müsse und darin irrt er sich. Die Herausgabe einer Zeitung wird ja meistens als ein Geschäft unternommen, und wird auch muß deshalb darauf gesehen werden, daß etwas verdient wird. Wenn der Zeitungsvorleger heute keine andere Einnahmen hat, als seine Abonnementsgelder, so muß er das Geschäft halb genug aufgeben. Was ist da zu thun? Nun er nimmt eben solche Artikel auf, die er bezahlt. Nein! die ihm noch bezahlt werden. (Auch unter anderer Form wird das Ganze an Zeitungen und Redacteurs entrichtet.) Es werden sogar solche in erster Reihe aufgenommen bis am besten bezahlt werden, selbst wenn der Inhalt mit der Uebersetzung des Manuscripts und des Verlegers nicht übereinstimmt. Man nennt das, so eine bezahlte

Zeitung, auch andere Namen werden dafür gebraucht. Bei Gründungen von Gelbinstituten werden Redacteure und Zeitungsverleger recht gut, sogar sehr gut bezahlt, damit sie solche Berichte aufnehmen, mitunter auch selbst schreiben, die das Publikum für die Sache gewinnt. Das heißt man so Meinung, oder Stimmung fabriciren. Es ist schlimm, daß es so getrieben wird, und die Zeitungen richten unermesslichen Schaden dadurch an; auf diese Weise wird das best begabteste Volk zu Grunde gerichtet. Lieber Leser, wo Du Aufsätze über Gelbinstitute liest, so laßst Du fast immer das Gegentheil von dem, was Du liest, als wahr annehmen, und hast Du gleich die Probe davon, wenn Du dasjenige, welches Du früher über die Reichsbank gelesen hast, mit dem vergleichst, was ich Dir aus dem Reichs-Bank-Gesetz anführe, in demselben heißt es unter anderm: Die Reichsbank gibt Antheilscheine (gewöhnlich Actien genannt) im Betrag von 120 Mill. Mark aus. — Die Reichsbank hat das Recht, nach Bedürfniß Papiergeld anzufertigen, welches unter Controle des Reiches steht. — Die Reichsbank ist gehalten, für die Summe des Papiergeldes, welches sie ausgibt, $\frac{1}{3}$ des Betrages in Reichscassenscheinen, in geprägten oder ungeprägten Edelmetallen, in ihrer Casse als Deckung zu haben, für die übrigen $\frac{2}{3}$ genügen Wechsel u. s. w. Ähnliche Rechte haben auch die übrigen Banken, die das Monopol besitzen, Papiergeld anzufertigen. Die Reichsbank ist steuerfrei u. — Das Reich ist an der Bank in sofern betheilig, daß ein Theil der Geschäfte durch Reichsbeamte beaufsichtigt und besorgt wird, wogegen die Bank dem Reiche zu kleinen Dienstleistungen zur Verfügung steht; auch ist dem Reiche ein Gewinnantheil vorgesehen, selbstverständlich aber den Actionären im Voraus eine Dividende zugesichert, wie wir aus dem weiteren Paragraphen ersehen, welche besagen: Die Reichs-Bank hat die Regierungs-Geschäfte unentgeltlich zu besorgen, das heißt, sie darf keine Provisionen bei Gelbauszahlungen berechnen. — Den Actionären werden zunächst $\frac{1}{2}$ pSt. Zinsen bewilligt, von dem weiteren Netto-Ueberschuß werden 20 pSt. dem Reservefonds überwiesen, von dem Rest erhalten die Actionäre, bis zur Höhe von 8 pSt. Dividende, die Hälfte, die andere Hälfte erhält die Regierung; wenn sich noch ein weiterer Ueberschuß ergibt, erhalten davon die Actionäre $\frac{1}{4}$, die Regierung $\frac{3}{4}$ zugetheilt. Dieses sind so die wesentlichsten Paragraphen, und ist daraus schon zur Genüge ersichtlich, daß sich die sogenannte Reichsbank von den anderen privilegierten Banken nur wenig unterscheidet, und den schon längeren Namen Reichsbank nicht verdient. Habe ich recht oder nicht? Jetzt wollen wir in Kürze sehen, wie die Reichsbank ihr Geschäft macht, und wie dieses auf alle Klassen, bis sogar auf den Arbeiter seine Wirkung äußert. Nehmen wir an, die Reichsbank benötigt ihr

Recht nur insoweit, daß sie für die 120 Millionen, welche sie Actien-Kapital besitzt, 360 Millionen Papiergeld ausgibt, mithin hat dieselbe 240 Millionen Papiergeld in Umlauf, welche ihr keine Zinsen, sondern nur das Drucken und die dazu verwendeten Lumpen kostet; rechnet man diese 240 Millionen zu 5 pSt. Zinsen, so ergibt dieses einen jährlichen Zinsgewinn von 12 Millionen Mark. Andere Geschäfte welche die Bank noch macht und dabei Provision verdient, will ich hier nicht weiter anführen.

Ganz die ähnlichen Verhältnisse sind bei den übrigen 34 Banken Deutschlands, welchen das Recht verliehen ist, Papiergeld zu machen und waren von denselben 1873 M. 600 Millionen im Umlauf die nicht gedeckt waren, berechnet man von diesen 50% Zinsen, so ergibt dieses allein ein Zinsgewinn von 30 Millionen. Fragst Du mich, wo diese Millionen hinfließen? Nun in die Taschen Derjenigen, welche durch die Bankprivilegien begünstigt wurden, in die Taschen der armen Banquiers und der armen Millionäre. Und weiß der Leser wo diese Millionen hergeholt werden? Diese Frage ist auch sehr einfach zu beantworten, obwohl die meisten Leute sich dieses nicht bemerkt haben, sie werden von da geholt wo sie früher waren, aus den Taschen des Volkes.

Will der Leser noch wissen, wem wir die Schaffung dieser Reichsbank zu verdanken haben, die entgegen der Reichsregierungs-Vorlage, dennoch von dem Reichstag beschlossen wurde? Nun? in erster Reihe, den bekannten, viel genannten, hochgehobenen Männern und Reichstags-Abgeordneten, Bamberger, Lasfer u. s. w. Merkt der Wähler jetzt vielleicht, leider nur zu spät, was seine Vertreter im Reichstag für segensbringende Einrichtungen für ihn geschaffen haben, pardon: für einige wenige Auserwählte geschaffen haben?!

Sehen wir nun weiter, wie das Geld, welches noch unter dem Publikum ist, geholt und in die Cassen der Banken geführt wird, dafür diene Folgendes. Vorerst will ich noch bemerken, daß die Reichsbank, sowie die anderen Banken, welche ähnliche Privilegien besitzen, in Folge derselben in der Lage sind, über große Summen verfügen zu können, und da die Banquiers, welche meistens mehr oder weniger an den privilegierten Banken als Actionäre schon betheilig sind, der große Kaufmann und Groß-industrielle jede Summe zu solchen Zinsen bei den Banken erhalten, daß sie in ihrem Geschäft leicht höhere Zinsen mit dem erhaltenen Gelde erzielen können, so sind sie deshalb Freunde solcher Zettelbanken.

Jetzt das Weitere: Angenommen, ein größerer Fabrikant erhält einen Credit von 300,000 Mark. Derselbe benutzt nun das Geld zunächst in der Weise, daß er die Preise der Halb-fabrikate, welche er gebraucht, dadurch herunterdrückt, daß er baar

zahlt, oder durch Anweisungen, die bei der Bank sofort discountirt werden. Die Folge davon ist, daß der Fabrikant der Halbfabrikate ebenfalls Ersparnisse eintreten lassen muß, da ihm der Großfabrikant fast keinen Verdienst läßt. Nothgedrungen drückt er daher ebenfalls Mille, die ihm liefern. Und wo laufen am Ende alle gemachten Ersparnisse hinaus? Darauf, daß am Arbeitslohn zu sparen gesucht wird und so sind wir jetzt factisch an dem Punkt angelangt, daß die Arbeit durchschnittlich nicht mehr so viel erhält, daß die dringendsten Bedürfnisse bestritten werden können; denn die meisten Arbeitsgeber, namentlich die kleineren, sind gezwungen, wenn sie nicht sofort der Concurrenz unterliegen wollen, wenn auch oft mit schwerem Herzen, ebenfalls am Arbeitslohn zu sparen. Ganz ähnliche Beispiele lassen sich auch bei den Großhändlern anführen.

Aber nicht genug, daß die Banken auf Privatunternehmungen einen so bedeutenden Einfluß ausüben, auch die Regierungen können sich den Einflüssen derselben in Geldgeschäften nicht entziehen, sondern sind schon seit Jahren gezwungen, der Geldmacht stets Rechnung zu tragen. Versucht es eine Regierung, ein verzinsliches Staats- oder Eisenbahnpapier direct zum Zeichnen aufzulegen, so ist dieses immer eine gewagte Sache, denn es ist ein stillschweigendes Uebereinkommen aller Geldinstitute, einem direct aufgelegten Papiere alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, dasselbe bei dem Publikum zu miscreditiren. Jedenfalls war diese Befürchtung auch der Grund, weshalb das Badische Eisenbahn-Anlehen von 1867 im Betrage von 21,000,000 fl. den drei Häusern Ladenburg in Mannheim, Nothschild in Frankfurt und der Discantabank in Berlin übergeben wurde, und zwar laut Regierungsorgan zu dem Emissionspreis von 95 $\frac{1}{2}$ pSt. Andere Zeitungsnachrichten, die nicht widerrufen wurden, sagten, daß die Häuser das Anlehen sogar zu 89 erhalten hätten. Alle Welt sagte zur Zeit, Baden, mit seinen geordneten Staats- und Eisenbahnfinanzen könnte doch das Anlehen direct auflegen und zwar al pari (für fl. 100 Schuldverschreibung auch 100 fl. gezahlt wird). Wir erinnern uns noch des Zeichnungstages, an welchem es dem Publikum vergönnt sein sollte, zu 95 $\frac{1}{2}$ pSt. zu zeichnen, und der Nachricht, welche besagte, daß die Zeichnungslisten sehr bald geschlossen werden mußten, da bereits Ueberzeichnung stattgefunden hätte. In Wirklichkeit waren aber die drei Häuser gar nicht geneigt, Papiere vorerst davon abzugeben, da sie eben so gut wie Ledermann wußten, daß dieselben in aller Kürze zu pari zu verkaufen sein würden, und stiegen selbige auch in wenigen Tagen bis auf 102.

Nehmen wir an die Papiere wurden von den drei Häusern nur mit 50% Nutzen wieder begeben, so verbiente dieselbe in der kürzesten Frist

1,050,000 fl. — Nothschild aus Frankfurt erhielt kurz nach Uebernahme des Eisenbahn-Anlehens einen Orden von Baden, und sagte man seiner Zeit, dieses sei für die geleisteten Dienste; ich bezweifle dieses, denn Niemand wird der Ansicht sein, daß die drei Häuser eine bedeutende Arbeit für den Badischen Staat geleistet oder etwa ein Risiko übernommen hätten; denn ein solches war nicht da. Sie haben vielmehr einfach nur ihren Interessen gebient, und das brachte ihnen ohnehin mehr als eine Million Gulden. Wir fragen nun weiter, woher kamen die Summen, welche die drei Häuser bei dem Geschäft einfadten? Aus der Erde sind sie bei dem Bahnbau doch nicht geharrt worden und als Manna fielen dieselben gewiß auch nicht vom Himmel! Nun, sie wurden dem Gesamtvermögen des Volkes von den badischen Bewohnern entnommen! Durch Steuern und Eisenbahnbillete müssen die Bewohner die Zinsen, sowie schließlich die Summe aufbringen und hergeben, welche die drei Häuser als Gewinn unter sich vertheilten. — 1874 erklärte ich in einer hiesigen Reichstagswahl-Verammlung die verzinslichen Staats- und Eisenbahnpapiere für die eigentlichen Revolutionäre, welche die socialen Verhältnisse so rasch und schroff umgestalten: aus besagter Ueberzeugung stellte ich auch schon 1872 auf Congressen den Antrag dahin gehend, daß keine derartigen Rententitel mehr ausgegeben werden sollen, fand aber wenig, fast gar kein Verständnis, heute hingegen hat sich schon Mancher davon überzeugt, daß es wirklich so ist. Unsere Regierungen sind selbst durch diese verzinslichen Papiere sehr in Abhängigkeit gerathen, mußten schon auf manche ihrer Rechte verzichten. Wenn es in demselben Verhältniß fortgeht, so läßt sich jetzt schon mit Bestimmtheit sagen, daß die Regierungen in aller Kürze hauptsächlich dem Willen der Geldmacht zu gehorchen haben.

Es wird zu Gunsten der privilegierten Banken häufig angeführt, daß wir die Banknote bei Regulirung unserer Geschäfte schon der Bequemlichkeit halber nicht entbehren möchten, ja sie gar nicht entbehren können, da die Metall-Münze nicht ausreicht. Das spricht aber nicht für die Nothwendigkeit, die Banken beizubehalten. Denn zugegeben, wir gebrauchten ein solches Wertzeichen, so kann diese Noten einfach der Staat machen, indem er so viel Papiergeld ausgibt, als zur Erleichterung der Zahlungen nothwendig ist. Dann käme auch der enorme Gewinn der Banken, den jetzt einzelne Begünstigte einstecken, sämmtlichen Staatsangehörigen zu Gute; es würde ferner eine vernünftige Regierung in die Lage versetzt, auf das gesammte Geschäftsleben wohlthätig regelnd zu wirken.

Weiter wird noch hervorgehoben, daß die Banken den Handel und Industrie beleben, unterstützen und befruchten! Darauf diene bloß folgendes: Bei günstiger Geschäftszeit sind die Banken allerdings freigebig, gegen Zinsen und Provisionen Geld zu leihen,

welches dann die Spekulationen und Unternehmungen vermehrt, sogar bis dorthinaus vermehrt und rechte unsolide Unternehmung hervorrufen. Tritt nun aber eine Geschäftskrisis ein, so ziehen die Banken ihre Gelder theils zurück und verwahren dieselben bis zu günstigen Geschäftszeiten in ihren Gewölben, wodurch die Krisis nur noch empfindlicher gemacht wird. Die Geschäftsregeln schreiben dieses vor und kann nicht davon abgewichen werden, wenn nicht der Dankzweck (viel Geld zu verdienen) verfehlt werden soll. Selbst angenommen Handel und Industrie wäre in erstem Fall unterstützt, so ist jedenfalls der Schaden in zweitem Fall doppelt und dreimal größer. Die wenigen Sätze werden wohl genügen, auch in dieser Beziehung den Werth und Unwerth der Banken festzustellen, dieses ließ sich aber noch in mancher anderer Richtung begründen.

Bei dieser Gelegenheit will ich noch an die Vorgänge erinnern, die sich auf die Zeichentage der 60 Millionen Reichsbank-Anteilsscheine beziehen. Laut Gesetz sollte dem Publikum am 4. und 5. Juni 1875 Gelegenheit geboten sein, zu dem Emissionspreis von 130 Procent zeichnen zu können. Gleichwohl sind schon vorher Actien an Bevorzugtere vergeben worden und diese als voll eingezahlt schon am 1. Juni an der Berliner Börse mit 148 gehandelt worden. Es sind also auch hier 16 Prozent Gewinn per Actie zusammen 9,600,000 Mark in die Taschen der Begünstigten geflossen.

Ist vielleicht Jemand geneigt mir damit oder durch andere Beispiele den wirtschaftlichen Nutzen der Bank zu beweisen? Ich bin nämlich der Ansicht, daß alle derartigen Banken gar keinen wirtschaftlichen Werth haben, nicht haben können, da sie ja nur dazu gegründet wurden, ihren Theilhabern viel Geld, sehr viel Geld ohne Mühe einzubringen.

Selbst bei denjenigen Geldinstituten, die mehr wegen wirtschaftlichen Zwecken gegründet wurden, wo nicht der Hauptzweck Geld verdienen ist, kann ich diesen wirtschaftlichen Werth, keinesfalls in dem Maße, wie er denselben beigegeben wird, herausfinden. Sehen wir ob das zutrifft. Zu den besagten Geldinstituten zähle ich in erster Reihe die Sparkasse, Volksbanken, Vorschuß und Darlehensvereine. Betrachten wir uns nun den Geschäftsgang derselben und da begegnen wir gerade Montags einem Arbeiter, der von seinem am Samstag erhaltenen Lohn ein 20-Markstück übrig hat und es in die Sparkasse einlegt, wofür ihm 4% Zinsen vergütet werden. Bekanntlich verwenden die Volksbanken und die zwei anderen Vereine häufig Spargelder und es trifft sich gerade, daß die Volksbank im Laufe der Woche einen Betrag von der Sparkasse entnimmt, wo unter der Summe das 20-Markstück ist. Der Zweck der Sparkasse ist nicht großen Gewinn zu erzielen, sie will vielmehr nur Gelegenheit bieten, daß der kleine Sparpfennig

sicher angelegt werden kann. Die Sparkasse kann und darf die Spareinlagen nicht in ihren Cassenschränken liegen lassen, denn wie wir gesehen haben zahlt sie selbst 4% Zinsen und hat außerdem noch Verwaltungs- und Bureaukosten zu decken, sie ist deshalb genöthigt die Gelder wieder auszuliehen und zwar zu einem höheren Prozentsatz als sie selbst zahlt. Um ihre Verwaltungs- und Bureaukosten sicher decken zu können, berechnet sie 1/2% für die Darlehnen welche sie gibt, mehr, überläßt mithin der Volksbank das Geld zu 4 1/2%. Samstags finden wir den Arbeitgeber von dem Arbeiter, welchen wir Montags an der Sparkasse kennen lernten, bei der Volksbank, wo er sich Geld holt um seine Arbeiter auszahlen zu können und wo er das uns schon bekannte 20-Markstück mit dem Betrag empfängt.

Die Volksbank ist auch nicht zu dem Zweck gegründet, um viel Geld zu verdienen, zu verkieren ist ihr Zweck aber auch nicht, und ist sie aus diesen und noch anderen Gründen schon gezwungen, sich den Geschäftsregeln der anderen Banken so annähernd anzuschließen, hat außerdem auch ihr Capital und Personal zu zahlen, muß mithin das Geld, welches sie wieder verleiht ebenfalls etwas höher rechnen, begnügt sich gleichfalls mit kleinen Zinsen und rechnet es mit 5% Zinsen und 1/3% Provision.

Zufällig zahlt nun der Arbeitgeber den uns bekannten Arbeiter am selben Tage mit dem verbleiblichen 20-Markstück aus und hat es derselbe wieder in der Hand. Fragen wir nun den Arbeiter, ob das 20-Markstück welches er jetzt wieder hat, mehr Werth habe, als am Montag, so wird er sagen: Nein! Fragen wir nun weiter, ob mit dem 20-Markstück, welches während der Woche von der Hand des Arbeiters in die Sparkasse, Volksbank, Arbeitgebers und wieder zum Arbeiter zurück gewandert ist, ein Werthgegenstand (Gebrauchswerth) geschaffen wurde? Die Antwort lautet Nein! Die weitere Frage, wer muß den 1% Jahreszins und 1/3% Provision zahlen, welches das 20-Markstück innerhalb der Woche theurer geworden ist? Jedenfalls der Arbeitgeber! Höre ich sagen. Ueberlege es etwas genauer, am Ende muß es doch die Arbeit der Arbeiter selbst zahlen. Von was wir uns überzeugt haben, ist dieses, daß das 20-Markstück zu seiner Wanderung mindestens drei Wege beanspruchte, nämlich den des Arbeits zur Sparkasse, der Volksbank und des Arbeitgebers zur Volksbank und außerdem Zeit und Papier dabei verschrieben wurde.

Da wir bei den Geldinstituten die für wirtschaftliche Zwecke gegründet sind, schon gesehen haben, daß sie keinen, jedenfalls nur untergeordneten wirtschaftlichen Werth haben, — wenn wir dieses am bitteren Holze erleben, was soll dann vom grünen Holze zu hoffen sein? — man kann, selbst wenn man das Vergrößerungs-

glas anwendet, bei denjenigen Banken, die nicht für wirtschaftliche, sondern andere Zwecke gegründet sind, erst recht keinen wirtschaftlichen Nutzen herausfinden. Den Schluss, den wir aus dem Gesagten erhalten ist, daß wir mit all unseren künstlichen Geldinstituten unsere national-ökonomischen Verhältnisse, keinesfalls verbessern nur verschlimmern werden.

Sonstige Actiengesellschaften.

Ueber die sonstigen Actien-Unternehmungen nur wenig. Vom moralischen Gesichtspunkt aus betrachtet, scheint es, daß ein Fluch auf allen Actien-Unternehmungen aus neuerer Zeit ruhe, und daß auch bei den Besten derselben Handlungen begangen wurden, deren sich jetzt wohl Mancher schämt. Wir könnten von hier eine Actiengesellschaft nennen, die, soweit es uns bekannt ist, nur streng reelle Geschäfte macht, und bei hiesigen und auswärtigen Geschäftsleuten einen guten Namen hat, und doch ist auch in dem gedachten Sinne einiges zu verzeichnen. Von der Gründungsgeschichte derselben wollen wir absehen, vielmehr nur auf Bekannteres hinweisen, und zwar auf eine zweite Emission von Actien, sogenanntes Junge machen, wo den Gründern (die andere Bezeichnung von Gründer kennt ja der Leser) oder Besitzern der alten Actien das Recht eingeräumt wurde, die neuen Actien zu pari zu übernehmen, wo doch der Börsenkurs ein weit höherer war; dieses war gewiß keine schöne Handlung! Nicht wüste Handlungen waren es aber, welche vor und bei Uebernahme einer anderen Actiengesellschaft begangen wurden. Ein im hiesigen Wahlkreis sehr wohl bekannter Mann, und Männer, können nähere Auskunft ertheilen, da sie Mitgründer sind. Ich glaube nicht, daß einer dieser Herrn es wagen wird, zu behaupten, oder nur versuchen wird, es nachzuweisen, daß diejenigen Summen, die mittelst den angebeuteten Handlungen von denselben eingesackt wurden, zu dem redlichen Erwerb aus Arbeit zu rechnen sind!

Sollte vielleicht aus den geschickerten Börsen, Banken und Actien-Verhältnissen die Wurzel der Socialdemokratie ihre meiste Nahrung ziehen? Wenn ja, nun warum die Art nicht an die Wurzel greift? Man hat doch keinen jungen kräftigen Söhnam, der auf gutem Boden steht, ab, da man ja weiß, daß derselbe neue und kräftigere Stämme treibt, sondern gräbt ihn aus.

Ich hätte noch Manches über die Börsen-, Banken- und Actien-Verhältnisse ausführen, ebenfalls noch auf andere Einrichtungen hinweisen können, die unser wirtschaftliches Leben schädigen, und selbiges so ungünstig für die Mehrzahl der Einwohner gestaltet hat, aber wozu den Leser damit aufhalten, da er sich schon selbst umgesehen und überzeugt hat, daß der heutige Besitzstand nicht durch ehrliche Arbeit gebildet wurde (d. h. indem gleichzeitig etwas Nützbringendes, ein Gebrauchswerth für die Menschheit ge-

schaffen wird) die allein dazu berechtigt ist, sondern daß sich der Besitz bei gewissen Gesellschaftsklassen, durch mühelosen Erwerb aufgehäuft hat. Betrachten wir nur ganz flüchtig die Gesellschaftsklassen, und beginnen wir mit den Arbeitern, welcher der zahlreichste Stand ist, der auch ausschließlich nutzbringende Arbeiten verrichtet, haben sie das Geld? Nimmermehr! sie haben im Allgemeinen kaum so viel, daß sie sich von Woche zu Woche das Allernothwendigste kaufen können.

Nun, dann haben wohl die Handwerksmeister, oder die kleinen Geschäftsleute, oder die kleinen Bauern das Geld, das wir bei den Arbeitern vergebens suchten? Nein, auch sie nicht. Wir finden zwar bei den Meisten Kenntnisse, Fleiß und Sparsamkeit; allein trotzdem haben sie sich das ganze Jahr mit Sorge und Kummer herum zu schlagen und sehen zudem, daß ihr Besitz täglich ein geringerer wird.

So klopfen wir einmal bei den Beamten an! Aber auch da steht es, namentlich bei den unteren, nicht glänzend, bei den höheren ist es zwar besser, doch scheint der Glanz auch nicht immer echt, mancher berechtigete Wunsch muß unerfüllt bleiben! Daß unsere Lehrer das Geld nicht haben, ist bekannte Sache, sie können sich eben von ihrem Gehalt keine größere Schätze ansammeln. — Ebenso schütteln Kunst und Wissenschaft den Kopf, wenn wir fragen, ob sie die gesuchten Millionen haben. Wir hören vielmehr verschiedene Klagen über steinmüthige Behandlung; die Kunst und Wissenschaft sollen ja zu erhaben sein, als daß sie sich mit Mammonsdiens befaßten. — So wollen wir denn bei dem Großhauer eintreten: Hier finden wir es schon etwas besser, doch im Verhältniß zu seinen Leistungen immer noch äußerst wenig Geld. — Wenn wir weiter die Rassen der Großfabrikanten untersuchen, finden wir in einzelnen Fabrikationszweigen, namentlich wo sie den Markt beherrschen, ihre Konkurrenz größtentheils oder ganz beseitigt haben, volle Rassen; im Allgemeinen sind die Bilanzen doch keine günstigen zu nennen. — Besser stellt sich schon der Kaufmannsstand, da findet man im allgemeinen einen gewissen Wohlstand, auch findet sich bei denselben mehr Geld, als bei den schon angeführten Ständen. — Es häufen sich große Summen an bei den Großhändlern, namentlich bei solchen, die große Speculationen unternehmen können und in Folge dieser bei einzelnen Artikeln vollständig den Marktpreis machen. Wenn z. B. einer oder einige Kaufleute gemeinschaftlich alle größeren Vorräthe in Petroleum aufkaufen, so sind sie dann in der Lage, plöblich ganz unverhältnißmäßig hohe Preise zu machen, enorm viel Geld zu gewinnen, und zwar bei äußerst wenig Arbeitsleistungen. Schon bei den angeführten Ständen, die alle noch nutzbringende Arbeit verrichten, tritt uns eine Erscheinung in die Augen, nämlich die, je mehr ein Stand nutzbringende Arbeit leistet, je weniger hat er Verdienst, und im selbigen Verhältniß, wie die

Belohnung der nutzbringenden Arbeit abnimmt und mehr nur gewinnbringender Art wird, desto mehr steigert sich sein Einkommen. — Wir sehen ferner, daß sich die Millionen doch bei keinem der Stände so angehäuft haben, namentlich nicht in so kurzer Zeit, wie wir dieselben bei rückstichtslosen Gründern finden! — Daß in den Gewölben der Bausiers und Banken viele Millionen lagern, und daß stetig und regelmäßig neue dazu wandern, weiß Jeder, der nur irgend von den Geschäftseinrichtungen derselben Kenntniß hat. — Millionen auf Millionen sind bei Denen aufgehäuft, die ihr Schäfchen auf den Börsen geschoren haben: Wenn auch die Börsenmanöver gegenwärtig nicht mit dem glünstigen Erfolg betrieben werden können, als vor einigen Jahren, so häufen sich nichts desto weniger auch heute noch zu den colossalen Summen tagtäglich neue, theils durch die enormen Zinsen, außerdem sagt uns das Sprichwort: Die Dummen werden nicht alle. —

Vorschläge zur Beseitigung der Mißstände.

Wenn ja noch Jemand der Ansicht war, daß die von mir geschilderte Einrichtung keinen Einfluß auf ihn ausüben könnte, da er ja mit derselben nichts zu thun habe, so wird er mir jetzt doch wohl bestimmen, wenn ich sage, es kann sich kein Stand, nicht einmal ein Einzelner kann sich den indirekten und schädigenden Einwirkungen entziehen.

Auf den Einwand, der mir in der schon erwähnten Wählerversammlung gemacht wurde: „Die Börsen und Banken hätten sich so nach und nach, im Verlauf von Jahrhunderten, heraus gebildet, und könne man selbige nicht so abschaffen u. s. w.“, hätte ich zu entgegnen: Ja wohl, hochgeehrter Herr geheimer Staatsrath mit Jähringer Löwenorden I. Classe, aber haben sie denn die andern Geschichtsblätter ganz und gar vergessen? oder sind andere Gründe an der Bergeshöhe schuld? Geheftet! Das uns zunächst liegende Geschichtsblatt ist theilweise mit blutiger Schrift eingetragen. Es handelt von den Vorrechten und Privilegien die sich der Adel und die Geistlichkeit, in früheren Jahren so nach und nach erworben und noch Ende vorigen Jahrhunderts vollständig besessen haben. Sie werden mir doch zugeben, daß die Berechtigungen der besagten Stände auch noch Jahrhunderte zurück datirt werden konnten, sogar noch mehr Jahrhunderte zählte, als die heutigen Privilegien. Sie werden doch nicht bestreiten, daß die Privilegien der Geistlichkeit und des Adels, wenn man überhaupt von Berechtigung sprechen will, gewiß so gut, wohl noch mehr Berechtigung hatten, als die heutige! Und was geschah? Dieselben wurden Ende des vorigen Jahrhunderts in Frankreich, theils auf blutigen, theils auf dem Wege

der Gesetzgebung beseitigt und dem letzten Beispiele folgten die meisten anderen Staaten.

Warum? fragen wir, sollte das sittenverderbende Raubritterthum der Börsianer und was drum und dran hängt, das an Unsauberkeit die früheren Raubritter weit in Schatten stellt; fortbestehen? Und warum sollten wir nicht den uns in Deutschland zu gebote stehenden, sehr einfachen und wirksamen Weg der Gesetzgebung benutzen, um diese sich zeigende und so offen zu Tage tretende Mißstände zu beseitigen? Daß große Mißstände vorhanden sind, leuchtet Jedem ein, denn wo es möglich wird, daß sich die ehrliche Arbeit Jahr aus, Jahr ein mit Sorge, mit Kummer herumschlagen muß, wo hingegen der mühelose Erwerb Schätze auf Schätze an sich reißt und in Ueberfluß schwelgt, muß die Gesetzgebung einen wunden Fleck haben, wo Abhilfe dringend geboten ist! Ich wende mich deshalb an meine Wahlkollegen von denen ich mich überzeugt halte, daß sie allen Gesetzen und Einrichtungen, mögen sie heißen wie sie immer wollen, sobald sie selbige als gemeinschädlich, namentlich sittenverderbend erkennen, abhold sind; die es dann als die heiligste Pflicht eines jeden rechtschaffenen und ehrlich denkenden Mannes halten, aus allen Kräften dazu beizutragen, daß eine solche Einrichtung, so rasch wie nur irgend möglich, durch ein neues Gesetz beseitigt wird und hierzu beizutragen, bietet sich jetzt neuerdings jedem Wähler Gelegenheit. Ich stelle die Bitte an Jeden, seine Schuldigkeit zu thun und seine Stimme nur solchen Reichstagsabgeordneten zu geben, von dem er im Voraus überzeugt ist, daß derselbe den guten Willen und die Kenntnisse hat, bei Berathung von Gesetzen dahin zu wirken, daß in erster Reihe der sittenverderbende mühelose Erwerb zur Unmöglichkeit gemacht und der Arbeit wieder ihr Recht und Verdienst wird! Wir sind diese Mitwirkung der Gegenwart, wir sind es der Nachwelt, wir sind es der Gerechtigkeit und Menschlichkeit schuldig!!

Stein Wähler lasse sich in Zukunft mehr von den bekannten Mächtern der öffentlichen Meinung beeinflussen, sondern wähle nach seiner innern Ueberzeugung, mit diesen Worten schliesse ich.